

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst. Sonntag.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk.  
ohne Postbestellgebühr. Nur Post-  
Ordnung. W. Stellung bei allen Postäm-  
tern. Geschäftsstelle Berlin S. 22,  
Krausen 67. Fernr.: 8161 8553.

Einzelnenpreis  
Die biergetragene Beilage 20 Pf.  
für Verbandsmitglieder 30 Pf.; Beilagen-  
Lernangelegenheiten 30 Pf. Per An-  
gabe Preis zu zahlen zu erfragen.

Nr. 47.

Berlin, den 16. November 1919.

35. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 47. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

## Zum Relativtarif.

Infolge der Personenzugverkehrsperre haben nun leider auch die Affordtarifverhandlungen am 4. November ihr vorläufiges Ende gefunden. Unsere Vertreter haben in mühevoller gemeinsamer Arbeit mit den Arbeitgebern seit dem 16. September eine Tarifposition nach der anderen durchberaten und neue Preise festgelegt. Dabei stieß man jedoch mehrfach auf schier unüberwindliche Schwierigkeiten. Die vorgeschlagenen Tarifpreise der Arbeitgeber waren oftmals aufgebaut auf Leistungen, die von unseren Vertretern als zu hoch bezeichnet wurden. Um die tatsächlich richtige Leistung zu ermitteln, bedurfte es deshalb umfangreicher Prüfungen und Feststellungen. Wir behalten uns vor, nach Abschluß der gesamten Affordtarifverhandlungen in eingehender Weise über den Aufbau des neuen Tarifs sowie über das Ergebnis der Verhandlungen zu berichten. Für heute wollen wir lediglich hervorheben, daß die Abteilungen 55 bis 61 des Tarifs (Pressen), 62 (Goldschneidern), 67 (Klappen machen) und eine Reihe anderer Bestimmungen grundsätzlicher Bedeutung noch unerledigt sind. Es ist in Aussicht genommen, die Verhandlungskommission am 18. November wieder zusammentreten zu lassen, um dann den restlichen Teil der Arbeit zu erledigen.

Zu dem in Nr. 44 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichten Entwurf einer Ortsgruppen-Einteilung gehen der Verbandsleitung in den letzten Tagen verschiedene Anträge von einzelnen Verwaltungsstellen zu, die eine andere Einteilung zum Ziel haben. Wir bemerken dazu, daß es sich bei der veröffentlichten Zusammenstellung nur um einen vorläufigen Entwurf handelt, dessen endgültige Gestaltung den Verhandlungen mit den beteiligten Unternehmerorganisationen vorbehalten bleibt. Jegendwelche unabänderliche Festlegung ist mit diesem Entwurf nicht gegeben. Verwaltungsstellen, die besondere Wünsche geltend machen wollen, müssen diese umgehend ihrem zuständigen Tarifausschussmitglied zur Kenntnis bringen.

## Die Entwicklung der Gewerkschaften.

Das „Correspondenzblatt“ bringt in seiner letzten Nummer die Zusammenstellung über die Gewerkschaften im Jahre 1918. Wenn auch das darin gelieferte Zahlenmaterial durch das laufende Jahr weit überholt ist, so bietet es doch die beste Unterlage zur Beurteilung der gewerkschaftlichen Anziehungskraft, zumal das besondere Einsetzen dieser bereits in das letzte Viertel des Vorjahres fällt. Nach dieser Statistik waren am Schluß des Vorjahres der Generalkommission ohne die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter, die bisher nicht als Gewerkschaften gezählt wurden, 48 Verbände angeschlossen. Der Verband der Deutschen Eisenbahner erscheint in der Statistik zum erstenmal, obgleich er bereits seit 1916 der Generalkommission angeschlossen ist. Die 48 Verbände hatten zusammen 10 044 Zweigvereine. Die Statistik von 1917 verzeichnete 9309,

Die Gewerkschaften haben im 4. Quartal 1918 einen beispiellosen Aufschwung erlebt, in Massen strömten ihnen neue Mitglieder zu. Obwohl zu diesem Zeitpunkt Hunderttausende von Mitgliedern sich bei ihren Verbänden noch nicht vom Heeresdienst zurückgemeldet hatten, wurde am Schluß des Jahres von den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden der höchste Stand der Mitglieder der Vorkriegszeit erheblich überschritten. Nachdem während des Krieges, bis zum 4. Quartal 1918, die Mitgliederzahl mit 934 831 auf den tiefsten Stand gesunken war, machte sich mit dem Beginn des Jahres 1917 eine Aufwärtsbewegung bemerkbar, die nun ununterbrochen anhält. Die nachfolgende Zusammenstellung gibt ein Bild von der Mitgliederbewegung der Zentralverbände während des Krieges.

Die Mitgliederzahl betrug:

am Schluß des	1914		1915		1916		1917		1918	
	insgesamt	dabon weibliche	insgesamt	dabon weibliche	insgesamt	dabon weibliche	insgesamt	dabon weibliche	insgesamt	dabon weibliche
1. Quartals	2 478 861	217 674	1 815 646	177 657	962 493	173 426	995 926	222 045	1 384 040	351 664
2. „	2 482 046	214 017	1 173 078	172 901	953 860	177 493	1 076 711	257 573	1 808 698	859 407
3. „	1 677 494	197 427	1 070 308	170 448	947 564	185 406	1 189 697	209 468	1 453 877	375 293
4. „	1 485 428	185 633	982 956	169 907	634 834	197 008	1 264 661	330 063	2 858 053	657 002

Den höchsten Stand an Mitgliedern hatten die Zentralverbände am Schluß des 2. Quartals 1918 mit 2 576 608. Am Ende des Berichtsjahres zählten sie 2 858 053, es wurde damit der Höchststand um 281 444 überschritten. Gegenüber 1917 ist eine Vermehrung von 1 593 392 Mitgliedern eingetreten. Nach den von den Verbänden während des Krieges vierteljährlich gemachten Feststellungen über die Zahl der Mitglieder, der Eingezogenen und der Arbeitslosen waren am Schluß des 4. Quartals 1918 1 060 000 Mitglieder als noch nicht vom Kriegsdienst zurückgekehrt angegeben, während die Statistik für das 3. Quartal die Höchstzahl der Eingezogenen mit 1 412 937 verzeichnet. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist von 330 063 am Ende des Jahres 1917 auf 657 002 am Jahresschluß 1918 gestiegen, sie vermehrte sich um 326 939 = 90 Prozent. Dieser Prozentsatz steht hinter dem der allgemeinen Vermehrung zurück, während im Vorjahre das umgekehrte Verhältnis zu verzeichnen war. Diese Erscheinung erklärt sich ohne weiteres durch die Rückkehr der männlichen Mitglieder nach dem eingetretenen Waffenstillstand und ihrer Wiederanmeldung bei den Verbänden.

Nach den Jahresdurchschnittszahlen fällt die Mitgliedervermehrung gegen das Vorjahr nicht so stark ins Gewicht als beim Vergleich der Jahresdurchschnittszahlen. Es ergibt sich das aus der erst im 4. Quartal erfolgten starken Zunahme. Im Jahresdurchschnitt zählten die Zentralverbände im Jahre 1918 1 648 313 (1917: 1 065 690) Mitglieder. Der Gesamtzuwachs beträgt demnach 582 717 Mitglieder = 50,4

Prozent. Hier überwiegt der prozentuale Vermehrungsanteil der weiblichen Mitglieder den der männlichen.

Die größte Zahl an Mitgliedern hat der Metallarbeiterverband mit 472 623. Ueber 100 000 Mitglieder zählen dann noch die Verbände der Bergarbeiter (164 876), Fabrikarbeiter (143 338) und Holzarbeiter (108 143). Die größte Zahl an weiblichen Mitgliedern weist gleichfalls der Verband der Metallarbeiter mit 98 256 auf. Ihm folgt der Textilarbeiterverband mit 67 797, die Fabrikarbeiter mit 52 567, der Verband der Handlungsgeschäften mit 24 480 und der Transportarbeiterverband mit 20 372 weiblichen Mitgliedern.

Die Entwicklung der Finanzverhältnisse der Zentralverbände im Vorjahre kann als erfreulich bezeichnet werden. Die Ausgaben sind zwar gegen das Vorjahr um 12 948 843 Mk. gestiegen, dagegen haben sich aber die Einnahmen um 20 361 504 Mk. vermehrt und der Vermögensbestand erhöhte sich um 10 058 897 Mk. Es betrug die Gesamteinnahme aller Verbände 59 550 912 Mk., die Gesamtausgabe 41 400 676 Mk. und der Vermögensbestand des Metallarbeiterverbandes, der seit 1915 darüber keine Angaben mehr macht. Pro Kopf der Mitglieder berechnet, betrug die Einnahme 36,13 Mk., die Ausgabe 26,10 Mk. und der Vermögensbestand 68,71 Mk. Die im Jahre 1918 auf jedes Mitglied entfallende Durchschnittsquote wird durch die gegen Ende des Jahres eingetretene starke Mitgliederzunahme wesentlich herabgedrückt. Der Vermögensanteil ist berechnet unter Ausschaltung der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes.

Die Einnahme setzt sich zusammen aus 916 944 Mk. Eintrittsgeldern, 44 854 028 Mk. Verbandsbeiträgen, 7 992 089 Mk. Lokalbeiträgen, 217 499 Mk. Extrabeiträgen, 3 782 813 Mk. Zinsen und 1 787 539 Mk. sonstigen Einnahmen. Die vermehrte Gesamteinnahme ist im wesentlichen auf die stark gestiegene Beitragsentnahme zurückzuführen, die nicht allein in Verbindung mit der stärkeren Mitgliederzahl steht, sondern auch als Folge von Beitragserhöhungen angesehen werden kann.

Die Ausgaben waren von 1914 bis 1917 entsprechend den verminderten Einnahmen ständig gesunken. Mit dem Jahre 1918 ist wieder eine erhebliche Steigerung eingetreten. Das Zurücktreten der Heeresmassen nach eingetretenem Waffenstillstand, die damit in Verbindung stehende plötzlich eingetretene ungeheure Arbeitslosigkeit stellte die Gewerkschaften vor große finanzielle Anforderungen, deren volle Auswirkungen erst die Jahresstatistik für 1919 erkennen lassen wird. Es wurde 1918 verausgabt: für Unterhaltungszwecke (ohne Streifenunterhaltung) 16 218 150 Mk. oder pro Kopf 9,84 Mk., Verbandsorgan und für Bildungszwecke 3 270 563 Mk. oder pro Kopf 1,98 Mk., für Agitation, Druckschriften, Beiträge usw. 7 433 556 Mk. oder pro Kopf 4,51 Mk. Die Verwaltungskosten der Hauptverwaltungen, persönliche und sächliche, beliefen sich auf 3 032 054 Mk. oder pro Kopf auf 1,84 Mk. und die der Bahnhöfe und Gänge auf 11 033 837 Mk. oder pro Kopf auf 6,69 Mk. Der Vergleich mit den Zahlen des Vorjahres ergibt bei allen Posten eine Mehrausgabe. Bei den Verwaltungs- und den Agitationskosten erklärt sie sich aus der Verteuerung aller Materialien und der Steigerung der persönlichen Entschädigungen an Gehältern usw. Die Herstellungskosten der

Verbandsorgane sind von 1943 769 Mr. im Vorjahre auf 2 690 751 Mr. im Berichtsjahre gestiegen. Die Ausgabe für Unterstützungsmede ist gegen das Vorjahr um 5 453 958 Mr. gewachsen. Der Löwenanteil dieser höheren Ausgabe entfällt auf die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. An Arbeitslosenunterstützung wurden 2 583 040 Mr., oder pro Kopf des gesamten Mitgliederbestandes 1,57 Mr. verausgabt. 1917 betrug die Aufwendung dafür nur 719 607 Mr. oder pro Kopf 0,66 Mr. Auch die Kosten für die Krankenunterstützung sind erheblich gewachsen. Sie betragen 1918 8 568 225 Mr. oder pro Kopf 5,38 Mr. Es wurde weiterhin an Unterstützung verausgabt: für Reiseunterstützung 35 203 Mr., Umzugskosten 117 396 Mr., Invalidenunterstützung 517 509 Mr., Beihilfe in Sterbefällen 2 006 199 Mr., Notfallunterstützung 308 257 Mr., Unterstützung an Familien von Kriegsteilnehmern 1 645 804 Mr., Lohnbewegungen und Streiks 472 516 Mr. Die Kosten des Rechtsschutzes betrugen 106 660 Mr. und für Unterstützung Gemahregeleiteter wurden 29 767 Mr. aufgewendet. Die Ausgabe für Invalidenunterstützung verringerte sich gegen 1917 um 9743 Mr. und die Familienunterstützung um 1 010 818 Mr. Der beträchtliche Rückgang dieser Unterstützungsstellen ist wohl darauf zurückzuführen, daß 1918 Unterstützung zum Weihnachtsest nicht mehr in dem erheblichen Umfange gezahlt wurde, als wie es in den früheren Kriegsjahren geschah.

Dieses summarische Bild zeigt, daß die Entwicklung unserer Gewerkschaften unaufhaltsam vorwärts geht. In unendlich höherem Maße wird das der Abschluß des laufenden Jahres zeigen. Die Revolutionierung der Arbeitskräfte machte darin prächtige Fortschritte. Das erste Revolutionsjahr hat unseren Organisationen einen Millionenzuwachs gebracht. In immer weitere Kreise dringt die Ueberzeugung der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenstehens. Nicht ein Ort mehr und nicht er noch so klein und weitentlegen sein, in dem nicht das Banner der freigewerkschaftlichen Organisation aufgespielt ist. Fast der dritte Teil des gesamten deutschen Volkes in seiner heutigen Gestalt unterliegt durch eigene Mitgliedschaft oder der seiner Ernährer dem Einfluß des Gewerkschaftsgedankens, an sieben Millionen betonen sich heute als Mitglieder der freien Gewerkschaften. Mit dieser geschlossenem Masse wäre so unendlich viel mehr zu erreichen, als jetzt möglich, wenn die innere Verwirrung, die Uneinigheit aus anderen als gewerkschaftlichen Motiven ihre Schlagkraft nicht so sehr lähmen würde. Wohl sehen sie alle fest zueinander.

**An unsere Richter!**

F. A. B. Das ist doch bärer Unsinn! „Für die Richterler zu schreiben, ist zwecklos!“ Verständigen wir uns! Die Ueberschrift, so wage ich zu hoffen, werden alle lesen. Vielleicht schwingt sich der größere Teil der Kollegen und Kolleginnen dazu auf, wenigstens die ersten Sätze zu lesen, über die Mitte hinwegzuschauen und gerade so etwas vom Schluß zu erwischen. Der Schriftsteller kennt die Art, wie viele Richterler „lesen“. Deshalb schreibt er so, daß alles in der Ueberschrift gesagt ist, und deswegen ist es auch unnötig, etwa die Einleitung oder noch die Mitte oder gar den Schluß zu lesen. Das tut schon einer oder eine, der oder die Zeit hat. Von Anfang bis zu Ende (Wort für Wort, Satz für Satz) liest wohl niemand einen Artikel, denkt der Ueberschriftler, der über die Mitte hinwegzuschauen und der den Schluß nach gerade aufschreibende.

Kennen wir ihn (auch wenn es eine „Sie“ ist) immer er. Eben den Richterler, den Richter, Sechstel, Drittelleiter. Erster Grund: er hat keine Zeit dazu; zweiter Grund: er hat nicht genügend Zeit; dritter Grund: er hat ab und zu keine Zeit. Ganz je nachdem er Zeit hat, liest er. Wie sollte und wie könnte es auch anders sein. Zum Lesen muß der Mensch doch Zeit haben. Wer keine hat, wer nicht genügend hat, wer ab und zu keine hat, der liest eben nicht, nicht genügend, ab und zu nicht. Und damit basta! Mag sich die Schriftleitung auch die größte Mühe geben, das zu bieten, was die Zeit erfordert, was der Berufsmensch wissen muß, um sich durch die Hemmungen und Wirrnisse der Zeit hindurchzufinden, der Richterler (ergänze immer Richter, Sechstel, Drittelleiter) kann sich nicht entschließen, Zeit zu haben. Sein „Ich“ würde dabei zu kurz kommen: Nach der Berufsarbeit ist er müde, während des La-

wenn es gilt, Forderungen zur Verbesserung der Lebenslage durchzusetzen. Doch damit können sich unsere Wünsche und Hoffnungen nicht erschöpfen, die wir an die Umgestaltung des wirtschaftlichen Lebens stellen. Die Revolution darf sich nicht nur in einer ziffernmäßig festzuhaltenden Erhöhung des Einkommens der Arbeiterschaft zeigen, die zudem durch anhaltende Warenpreissteigerungen mehr denn je wettgemacht wird. Es, als erwarten wir vom gesunden Sinn der Arbeiterschaft, daß sie sich bald aus den Zirkungen und Wirrungen unserer Lage wieder endgültig zusammenfindet zum gemeinsamen Handeln und Wirken im Sinne einer allgemeinen Verbesserung der Beiderstellungen. Alle war der Sachrichtiger denn heute, wo noch alles drunter und drüber geht, daß Friede ernährt, Unfriede aber verzehret. Der Geist des gegenseitigen Vertrauens und der Achtung der Ueberzeugung, der Glaube an den ethischen Willen der anderen und das Festhalten mit diesen anderen wieder wie ehemals gemeinsame Wagnen zu wandeln zum gemeinsamen Ziel muß wieder obenauf kommen. Wir müssen uns finden, soll nicht unser aller Hoffen zunichte werden. Die äußere Entwicklung unserer Gewerkschaften zeigt, daß der Glaube an deren Gewalt fest im deutschen Arbeiter wurzelt. Und diesen Glauben dürfen wir nicht enttäuschen, wir müssen ihn rechtfertigen durch Einigkeit.

**Die Ursachen unserer wirtschaftlichen Notlage.**

Darüber sind sich heute alle Kreise klar: Unsere jetzige Notlage ist durch den fast 5 Jahre dauernden Weltkrieg verursacht. Seit England die Blockade über uns verhängte, gerieten wir in immer größere Schwierigkeiten. Weil uns nicht nur die Zufuhr von Rohstoffen sondern auch von Lebensmitteln und Futtermitteln, von denen wir im Frieden für mehrere Milliarden Mark aus dem Ausland bezogen, unterbunden wurde, waren wir auf unsere Bestände und unsere einheimische Produktion angewiesen. Der große Fehlbetrag konnte nicht ausgeglichen werden, auch wenn wir die Produktion noch so sehr gesteigert hätten. Von einer Steigerung der Produktion konnte aber nicht die Rede sein. Im Gegenteil, sie ging immer mehr zurück, weil uns die Arbeitskräfte fehlten, die durch den Krieg gefesselt waren, weil unsere Industrie auf die Produktion von Kriegsmaterial eingestellt war und damit die Landwirtschaft vielfach nicht die nötigen Maschinen und Gebrauchsgegenstände hatte, weil notwendige

Reparaturen in Haus und Wirtschaftsgebäuden nicht vorgenommen werden konnten und dergleichen mehr.

Die gesamte Bevölkerung setzte ihre Hoffnung auf das Kriegsende. Man dachte, mit dem Kriegsende wird die Blockade aufgehoben, die Arbeiter kehren größtenteils zur Arbeit zurück, die landwirtschaftlichen Maschinen und Wirtschaftsgebäude können wieder in Ordnung gebracht werden, so daß sich auch unsere einheimische Produktion steigert. Damit dachten wir bald wieder zu besseren Verhältnissen zu kommen, die es uns gestatten, der Bevölkerung mehr Lebensmittel zuzuführen. Der Friedensschluß wurde jedoch unnötig lange hinausgezogen, unsere Gefangenen-zurückgehalten, so daß die Hoffnungen, die wir auf das Ende des Krieges gesetzt haben, sich nicht sofort verwirklichen konnten. Unser Heer ist demobilisiert und Millionen Arbeitskräfte sind wieder in die Heimat zurückgeführt. Wir haben auch schon viele Gefangene zurückkehren sehen und täglich werden es mehr. Die Blockade ist aufgehoben, wenn auch England noch seine Freude an Schiffen findet. Die Voraussetzungen für eine günstigere Gestaltung unseres Wirtschaftslebens, für die Steigerung der Produktion, für die Einfuhr aus dem Ausland und damit für eine bessere Ernährung der Bevölkerung sollten jetzt gegeben sein.

Woran liegt es, daß trotzdem die Ernährung der Bevölkerung sich so wenig befriedigend gestaltet? Die einen geben der Zwangswirtschaft die Schuld und behaupten, der freie Handel würde es besser machen. Die andern meinen, es fehle uns an Rohstoffen und Futtermitteln. Wieder andere schieben die Schuld unseren zerrütteten Verkehrsverhältnissen zu. Den Kern trifft jedoch niemand. Der Reichswirtschaftsminister hat kürzlich im Haushaltsaus-schuss auf eine Anfrage erklärt, daß im Ausland Lebensmittel genügend vorhanden wären. Deutschland besitze jedoch nicht das nötige Geld, um diese Lebensmittel anzukaufen. Das scheint der Kern des Problems zu sein. Die öffentliche Bewirtschaftung bietet kein Hindernis und sie würde der Bevölkerung mehr Lebensmittel zuweisen, wenn sie nur vorhanden wären. Die Frage der Rohstoffe und Futtermittel wäre mit dem Augenblick gelöst, in dem wir Geld genug hätten, dazwischen zu bezahlen. Und die Transport-schwierigkeiten könnten bald überwunden werden, wenn alle Arbeitskräfte sich zur Verfügung stellen würden. Dem Uebel kann auch nicht damit abgeholfen werden, daß Deutschland immer mehr Papiergeld druckt, weil das Ausland unserm Papiergeld nicht mehr viel Wert beimißt. Je mehr wir drucken, um so weniger wird es wert. Wir sind heute schon soweit, daß man unsere Mark im Ausland nur noch mit 15 Pf. bewertet. Die Aufgabe kann nur gelöst werden,

ges hat er keine Zeit (da kann er allenfalls nur die Tageszeitungen durchfliegen, vor allem nur die kurzen Neuigkeiten lesen, die ihn aber von Haut und Haar nichts angehen), und am Abend ist er — wie gesagt — müde. Da will er ausspannen, frische Kräfte (vielleicht durch Kartenspiel oder Sport oder beim Schoppen) sammeln. Jedenfalls, an Einwänden und Entschuldigungen ist kein Mangel. Aber außer dem Zeiteinwand gibt es noch Einwände anderer Art, und die gelten der Schriftleitung!

Ganz allgemein klagen die Schriftleiter, daß nicht genügend und daß nicht genau und gründlich gelesen wird. Ich lese viele Fach- und Berufsblätter, und ich glaube, daß ich mich in den Geist hinein-versehen kann, von dem der jeweilige Schriftleiter befehle ist, und auch in den, der um ihn herum weht. Mit manchem Schriftleiter habe ich mich längere Zeit unterhalten und dabei den Eindruck gewonnen, daß es dem und jenem recht schwer gemacht wird, etwas Erfriehliches zu leisten. Die Freude am Schaffen wird durch widersliches Rörgeln, durch abstoßende Angriffe und durch die Verlustlust gehemmt. Das ist menschlich verständlich: Jeder sieht die Welt durch seine Augen. Viele glauben, daß es unrecht sei, wenn die andern die Welt mit ihren Augen ansehen. Sie können es nicht verstehen, wie andere über dieselbe Sache anders denken als sie, die doch genau wissen, wie es sich damit verhält. Sie, die doch ihre Erfahrung darin haben, da waagen es andere, anders als sie zu urteilen, andere Wünsche zu haben, andere Forderungen zu stellen! Wie, wenn nun die anderen ebenso dächten? Da hätten wir den Kampf aller gegen alle. Also, es muß schon jemand da sein, der etwas über der Sache steht: möglichst mit allem Einschlägigen vertraut ist (sachkundig), sich aber persönlich nicht am Kampfe der Interessenten beteiligt. Vor allem jemand, der nicht gehemmt, sondern der gefördert wird.

Eigentlich müßte die Schriftleitung mit den Richterlern sehr zufrieden sein, denn sie lassen sie in Ruhe, lassen sie schalten und walten, wie sie will. Nicht nur das: sie scheinen auch das größte Vertrauen zu ihr zu haben, daß sie den Lesern schon das richtige vorsehen wird und wenn sie anderer Meinung sind als sie, daß sie schon mit ihnen fertig werden wird. Aber sondersamerweise denkt die Schriftleitung darüber gewöhnlich anders. Sie hält es mit dem Dichter: „Wer wird nicht einen Klopstock loben? Doch wird ihn jeder lesen? Nein, wir wollen weniger erhaben und fleißiger gelesen sein.“ Ich lobe mir eine so selbstständig denkende Schriftleitung: denn wer nicht das Wissen, den Willen und die Kraft zu wirken hat, der mag diesem Amte fernbleiben. Allerdings, dieser Satz bedarf einer Ergänzung: Die Schriftleitung muß auch gewillt sein, sich mit den Widersparten auseinanderzusetzen und sich immer wieder zu neuem Tun aufzuraffen, auch wenn Irrende und Wierrende sie hemmen und hindern. Ihre Aufgabe ist ja gerade, zu klären, Hindernisse und Hemmungen zu überwinden. Aber die Leser müssen einsehen, daß die Schriftleitung kein Ambos ist, auf dem jeder auf seine Art herumhämmern kann. Sie sollten sich nicht gleich unwillig gebärden, wenn es nicht nach ihrem Wunsch und Willen geht. Denn es gibt Tausende und Aber-tausende von Lesern mit vielen Hoffnungen, Wünschen und Forderungen. Jeder will gelegentlich etwas haben. Die Kunst, es allen recht zu machen, ist noch nicht erfunden. Wir scheint es zweckmäßiger zu sein, weniger zu poltern und zu schimpfen, als an-zuregen und zu fördern. Gewiß, die Schriftleitung soll den Bedarf ihrer Leser kennen: den gesäuerten, gesichteten und geprüften Bedarf, aber ihr Jungborn ist und bleibt der lebendige Stamm (die leiblichen und geistigen Bedürfnisse) der Leser. Kurze, sündige Anfragen und Anregungen erleide-

wenn wir Produkte für den Austausch bereitstellen könnten. Die Verhältnisse liegen ähnlich wie beim Schleichhandel. Wer mit Geld aufs Land kommt, findet nicht immer Gegenliebe, selbst wenn er noch soviel anbietet, weil der Bauer mit dem Gelde oft nichts anfangen kann. Wer dagegen auf das Land gekommen ist und konnte bei der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten dem Landwirt Petroleum, Messen, Zucker, Kali, Kohlen, landwirtschaftliche Maschinen, Geräte oder dergl. anbieten, der hatte mehr Glück. So ist es auch beim Handel mit dem Ausland. Wenn wir dem Ausland Kohlen, Kali, Eisen und Fertigfabrikate irgendwelcher Art — in Amerika werden sogar deutsche Spielwaren sehr begehrt — liefern könnten, dann wären wir bald aus der Kalamität heraus. Wir könnten dann die im Ausland lagernden Lebensmittel und Rohstoffe kaufen und damit unser Wirtschaftsleben auf die Höhe bringen und unsere hungernde Bevölkerung besser ernähren. Das sollten alle, die es angeht, bedenken, aber sie müssen auch danach handeln. Der Landwirt sowohl wie der Industriearbeiter müssen ihre ganze Kraft aufwenden, um die Produktion zu steigern und dadurch die Voraussetzungen schaffen für den Handel mit dem Ausland. Tun sie es nicht, dann schaukeln sie sich damit selbst das Grab. Nicht mehr Geld, sondern nur mehr Waren können uns retten.

**Eine Warnung an Auswanderungslustige.**

Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ schreibt: Gewissenlose Agenten verlocken Binnensländer zur Ausreise nach Südamerika, besonders Paraguay, unter dem Vorgeben, von Hamburg sei Gelegenheit, auf schwedischen Dampfern ausreisen zu können. Das ist Schwindel, durch den erst neuerdings zahlreiche Münchener Familien vollkommen ruiniert worden sind. — Eine Firma A. van der Burg in Amsterdam (womöglich hat sie auch noch andere Domizile) wirbt Auswanderer für Japan. Auch dahinter steckt der offenbarste Schwindel. Japan eignet sich unter keinen Umständen für deutsche Auswanderer, da sie den Wettbewerb mit dem „aufstrebenden“ Japaner nie und nimmer aufnehmen können. — In Inseraten wird eine Schrift angeboten: „Darstellung aller Auswanderungsmöglichkeiten für Süd-, Zentral- und Nordamerika, Asien und Afrika. Sie kostet 4,50 Mk., ist jedoch absolut wertlos. — In Druckform hat sich eine Gesellschaft aufgelöst, die Durchreisepässe für Italien verkauft und sich dafür 100 bis 150 Mk zahlen läßt. Beim italienischen Armeeoberkommando in Trient ist die Sache kostenlos zu haben.

tern den Veruf der Schriftleitung, fördern sie und damit viele Leser.

Wfo: keine he am ende Kritik, sondern Kritik. Der Leser kann irren, aber er soll nicht wirren. Auch die Schriftleitung kann irren, aber das berechtigt nicht zur Zurückweisung (die wäre nur bei bewußten Hebergriffen nötig). Wenn jemand sich geteilt hat, dann beweist man ihm das sachlich mit ausreichender Begründung. Schelten und Schimpfen ist kein Beweisen. Richtiger ist, sich zur Mitarbeit berufen fühlen in den Grenzen feiner Sachkenntnis und feines Könnens.

Mit vielen Lesern habe ich gesprochen, wie sie über ihr Berufsorgan denken. Seltsame Urteile habe ich gehört. Dem einen schreibt es zu weich, zeigt zu wenig Rückgrat gegenüber der Regierung, und so ist es nach ihrer Meinung nicht verwunderlich, daß so wenig durchgesetzt wird. Wie schief gedacht! Glaub jemand im Ernste, daß es das radikale Schreiben mache, das Vielfordern, das den Wilden-Mann-Spielen? Oder gar Drohungen? Etwas nach dem Rezept: daß der Hund das größte Stück Brot bekommt, der am laulesten bellt? Berechtigten Forderungen darf man es nicht antun, sie laut auszusprechen, wie ein Marktredner auf dem Jahrmarkt seine Ware ausbreitet. Man lacht dadurch nur die benachbarten Berufskreise aus ihrem Hause und gerät dadurch leicht in Streit mit ihnen. Man wird abgelenkt von den eigentlichen Zielen und Aufgaben. Der Wortradikalismus erfordert weder besondere Kenntnisse noch besonderen Mut. Viel wirksamer ist die Sachkunde, die Berufskunde und die Berufspolitik, die sich in den Grenzen des Möglichen und Erreichbaren hält; diese aber willensstark, zäh und unermüdlich durchzusetzen suchen, ist sinnvoll und zweckmäßig. Mit den geeigneten Mitteln die maßgebenden Stellen zu bearbeiten, das entspricht

In den Niederlanden besteht im allgemeinen große Arbeitslosigkeit. — Chile bietet für deutsche Auswanderer vorläufig keine Aussichten.

Die Reisegelegenheit von holländischen Häfen ist noch immer höchst fraglich. Alle Schiffsplätze sind auf lange Zeit im voraus belegt. Das Leben ist sehr teuer, Unterkunstmöglichkeiten für die Zurückbleibenden sind fast gar nicht vorhanden. Die Zustände auf den holländischen Dampfern sind für alle, die im Zwischenband reisen müssen, geradezu unerträglich sowohl hinsichtlich der Behandlung wie auch der Verpflegung. Frauen und Kinder sollten unter keinen Umständen die Reise im Zwischenband machen.

Das deutsche Auslandsinstitut hat eine kostenlose Stellenvermittlung besonders für die Auslandsdeutschen eingerichtet. Es befindet sich in Stuttgart, Neues Schloß.

England erteilt Einreiseerlaubnis nur dann, wenn die Anwesenheit des die Einreiseerlaubnis nachsuchenden im Interesse Englands liegt.

Zur Einreise nach Lettland ist die Zustimmung (Sichtvermerk) der Lettlandischen Mission in Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 115, erforderlich.

Dasselbe gilt für Litauen. Die litauische Gesandtschaft befindet sich Berlin W., Kurfürstendamm 242.

Norwegen hätte zwar für einzelne Berufe Arbeitsgelegenheit, jedoch wird infolge der steigenden Wohnungsnot die Einreise in der Regel nicht gestattet. Nur wenn der Arbeitgeber die Wohngelegenheit sichergestellt hat, wird die Einreiseerlaubnis erteilt.

Der Rückwanderung von Deutschen nach Südafrika stehen noch immer große Schwierigkeiten im Wege, da Eng und zunächst seine eigenen von dort stammenden Staatsangehörigen unterbringen will. Selbst von diesen warten noch Tausende auf Reisemöglichkeit.

Zum gleichen Thema gehört ein Vorgang, den der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ aus der „Holzarbeiterzeitung“ wiedergibt und der da zeigt, daß jeder seinen Auswanderungsdrang, der nach vielen Seiten ja verständlich ist, zunächst noch etwas unterdrücken sollte. Die „Holzarbeiterzeitung“ berichtet auf Grund einer Veröffentlichung in dem Organ der englischen Möbelarbeiter, daß drei deutsche Bildhauer, die vor dem Kriege in London gearbeitet hatten, dort während des Krieges interniert waren. Nach der Entlassung aus dem Internierungslager meldeten sie sich wieder bei ihrer Organisation, die jedoch die Wiederaufnahme verweigert und vom Verbandsvorstand die Vornahme einer Urab-

den Berufsinteressen. Mit einiger gewissen weiten Sicht arbeiten (das ist gründlich und planmäßig), das erfordert das Berufswohl. Bei den heutigen Wünschen und Forderungen an den kommenden Tag, an die kommenden Monate und Jahre denken. Leicht ist sich, was unter Ausnutzung der augenblicklichen Nachmittage erreicht wurde.

Andere Leser sind mit der Schriftleitung einverstanden, aber sie schweigen sich darüber aus, und so könnte man zu der Auffassung kommen, daß nur jene lesen, die sich zur Kritik melden, und daß es viel mehr unzufriedene als zufriedene Leser gibt. Wenn die Schriftleitung sich nicht in den Geist derer versetzen könnte, die mit ihr einverstanden sind, so würde die Zeitung vielleicht doch über Gebühr den Kritizierenden angepaßt werden. Dem einen schreibt sie zu hoch und unverständlich, einem anderen zu abfällig oder zu nichtsjugend. Deshalb ist der oder jener unter die Nichtleser gegangen. Ein anderer tat dasselbe, weil ein Erzeugnis seines Bestes nicht gedruckt oder weil es ihm gefehlt wurde. Die Liste derer, die da aus irgendeinem Grunde Nichtleser wurden, soll hier nicht vollständig gemacht werden. Welche Gründe die einzelnen ausführen mögen, es ist nicht richtig, mangelnde Zeit vorzuschützen oder sich schwollend beiseite zu stellen. Stumpfsinn, Wichtigkeits-, falscher Ehrgeiz, Rechtsaberei sind kein Boden, auf dem ein Verbandsorgan seine Nahrung schöpfen und auf dem es gedeihen kann. Es kann nicht auf den Leuten und nicht auf den Ersten (oder den am schlechtesten und den am besten Geschulten) aufgebaut werden. Keinem fällt das Wissen vom Himmel, jeder muß mit dem Stoff ringen, wenn er in geistiger Spannung bleiben und mit der Zeit vorwärtsschreiten will. Wer etwas beim erstenmal nicht versteht, der versteht es beim zweiten- und drittenmal. Ich lese die Dinge, die ich nicht gleich verstehe, ebensooft, bis sie

Wimmung darüber verlangt, ob feindliche Ausländer, die Mitglieder des Verbandes waren, nach der Entlassung aus der Internierung wieder als Mitglieder aufgenommen werden sollen. Inzwischen weigern sich die Mitglieder des Zweigvereins, mit den Betroffenen zu arbeiten. Der Vorstand des Möbelarbeiterverbandes hat dieses Verlangen zunächst abgelehnt und darauf hingewiesen, daß diese Mitglieder in keiner Weise gegen die Interessen des Verbandes verstoßen haben und zum Teil lange Jahre treue und redliche Gewerkschafter und Mitglieder waren. Der Zweigverein besteht aber auf seinem Verlangen, weil „die gegenwärtige Zeit für die Rückkehr dieser Ausländer nicht ansetzen ist“ und „ihre Anwesenheit eine Quelle von Reibungen sein würde“. Die Urabstimmung findet also statt und man kann gespannt sein, ob der Deutschenbund bei den Mitgliedern des englischen Möbelarbeiterverbandes wirklich so tiefe Wurzeln geschlagen hat, wie aus dem Verlangen des fraglichen Zweigvereins geschlossen werden muß.

**Lohn und Kaufkraft des Geldes.**

× Es helfen viele Dinge, die Annäherung von Einkommen und Kaufkraft des Geldes zu verhindern. Noch sind die einen Bewegungen zur Erhöhung des Einkommens nicht zur Ruhe gekommen und schon machen sich neue Bewegungen bemerkbar, die inzwischen abermals gesunkene Kaufkraft des Geldes auszugleichen. Dabei ist manchmal schwer zu sagen, wer angefallen hat: ob das erhöhte Einkommen die Warenpreise in die Höhe treibt oder ob die hohen Warenpreise die Löhne nach oben jagen. Was das eine Mal als Ursache wirkt, ist manchmal selbst Wirkung. Umschichtig treibt eins das andere; die Demütigung des Wirtschaftslebens wird zum Dauerzustand.

Noch sind sich die maßgebenden Stellen nicht darüber klar, was zu geschehen hat, den Gleichgewichtszustand zwischen Einkommen und Warenpreis herbeizuführen. Schräge Valuta, Papiergeldmassen, offene Grenzen, fühlbare Differenz zwischen Inland- und Weltmarktpreis sind alles Erscheinungen, denen man mit kleinen Mitteln nicht wird beikommen können. Und doch einbindet die Schwere dieser Aufgabe den einzelnen nicht von der Verpflichtung, an seinem Teil mitzuarbeiten, den unheilvollen Zustand bessern zu helfen. Tatsächlich besteht der einzelne eine Möglichkeit, das Verhältnis zwischen Einkommen und Warenpreis zu bessern. Die Kaufkraft des Geldes ist zu steigern durch Ausnutzung aller Vorteile beim Einkauf, durch Ausschaltung jener Kosten bei der Warenverteilung, die den Preis unnötig belasten. Der Zwischenhandel

sich (mit der Einschränkung, daß sie mir es wert erscheinen). Wer höhere Ansprüche stellt, den darf es nicht verdrücken, wenn er auf entsprechende Bücher und besondere Fachschriften verwiesen wird. Ganz allgemein gilt, aber wohl, daß man den größten geistigen — unter Umständen auch wirtschaftlichen — Gewinn aus Aufjagen zieht, die man oft liest. Das gilt für solche Arbeiten, die nicht für den Tag geschrieben sind, also Dauerwert besitzen.

Wer vorgibt, keine Zeit zu haben, sollte sich überlegen, ob nicht seine Frau Zeit zu lesen hat, eine Tochter oder ein Sohn. Der sollte sich einen Ersatzleser schaffen und sich von ihm berichten lassen, was die Zeitschrift am wichtigsten gebracht hat oder was gerade für ihn dabei in Betracht kommen könnte. Es haben Frauen ein größeres Interesse an Verhandlungen als die Männer selber. Es liegt ihnen eher, und es wäre nur zu begrüßen, wenn sie ausbrechend und ergänzend eintreten würden.

Das Verschiedene des Lesens auf einen passenden Tag ist in vielen Fällen gleichbedeutend mit Nichtlesen. Gerade an dem Tage, an dem die neueste Nummer gelesen werden sollte, kommt immer etwas Wichtiges dazwischen, und die neue erscheint, und die alte ist noch nicht gelesen. Dabei wird viel Zeit vergeudet. Man möchte dies und das wissen, man braucht es zur Ausübung des Berufes oder der staatsbürgerlichen Pflichten. Im Verbandsorgan war gerade darüber berichtet worden. Da man aber keine Zeit zum Lesen dafür gefunden hatte, war es einem entgangen, und die Folge davon ist, daß jetzt herumgeschuft werden muß, wo Auskunft darüber zu erhalten ist: „Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.“ Das Nichtgelesen ist meistens ein Selbstschuß. Es rächt sich an seinem Urheber.

nimmt uns noch viel zu viel Geld ab. Im Warenpreise, den der Verbraucher entrichtet, steckt viel zu viel Zwischenhandelsteil. Die Technik der Warenverföhrung ist längst weit genug entwickelt, um auf die Warenwanderung von Hand zu Hand verzichten zu können. Unsere konjunktionswirtschaftliche Güterverföhrung nähert Güterhersteller und Güterverbraucher einander. Die Kosten der Gütervermittlung werden dadurch vermindert, es kommt eine gewisse Stetigkeit in die Preisgestaltung und die Kaufkraft des Einkommens wird gestärkt.

Mithin wäre die Vernunftforderung unserer gewerkschaftlich organisierten Mitmenschen, die Lohn-erhöhungen nicht durch fortgesetzte Preissteigerungen wieder wegzumachen, bis zu einem gewissen Grade so zu erfüllen: Der Verbrauch ist zu organisieren. Dem Zwischenhandel sind alle Vereicherungsmöglichkeiten zu bescheiden. Der Lohn- und Gehaltsempfänger soll sich in der Konjunktionswirtschaft vor Preistreibern schützen und damit die Kaufkraft seines Einkommens steigern.

**Aus unserem Beruf.**

**Die Erhöhung der Papierpreise**

Durch die Presse ging kürzlich eine Meldung, in der behauptet wurde, daß die Erhöhung der Preise für Zeitungsdrukpapier, die am 1. Oktober eingetreten ist, hauptsächlich auf die Aufhebung der Reichsstelle für Papierholz zurückzuführen sei. In der Drukpapierbeschaffung G. m. b. H., die als Nachfolgerin der Reichsstelle gegründet worden ist, hätten das Drukpapierindustriell und die Holzschleifleute die Majorität. Das ist unzutreffend.

Die Steigerung der Preise für Zeitungsdrukpapier beruht teils auf dem Wegfall der bisher zur Verbilligung dieses Papiers aufgewandten öffentlichen Mittel, die wegen der ungünstigen finanziellen Lage des Reichs und der Länder nicht weiter zur Verfügung gestellt werden konnten, teils auf der bedeutenden Erhöhung der Erzeugungskosten, insbesondere für Holz, Zellstoff, Holzkohle. Die Festsetzung der Preise ist durch die Bekanntmachung der Reichsstelle für Drukpapier vom 29. September 1919 erfolgt. Ihr sind, wie stets in derartigen Fällen, eingehende Verhandlungen unter Leitung des Reichswirtschaftsministeriums vorausgegangen, an denen außer den Vertretern der Verbände, der Reichsstelle für Papierholz und der Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe, der Verlegerverbände und der Zeitungsdrukpapierindustrie teilnahmen. Die Vertreter der Verlegerverbände haben dabei nach eingehender Prüfung die Preissteigerung ausdrücklich zugestanden.

Im Aufsichtsrat der „Drukpapierbeschaffung G. m. b. H.“ sind die Verleger durch vier Mitglieder, die Drukpapierfabrikanten durch die gleiche Zahl, die Zellstofffabrikanten und die Holzstofffabrikanten durch je ein Mitglied vertreten. Die Wahrung der allgemeinen Interessen bei dieser von den Interessenten aus freiem Entschluß geschaffenen Privatgesellschaft liegt dem vom Reichswirtschaftsministerium bestellten Vorsitzenden des Aufsichtsrats und zwei amtlichen Vertretern der Länder ob.

**Wendern in der Leimbewirtschaftung.**

In der Leimbewirtschaftung soll mit Zustimmung des entsprechenden Ausschusses der Nationalversammlung nach vorheriger Verhandlung mit den Interessenten eine Neuregelung erfolgen. Eine Freigabe des Leimes und der Rohstoffe zu seiner Herstellung ist vorerst nicht möglich, da die Rohstoffe der Leimindustrie auch für eine ganze Reihe anderer Produkte verwendet werden, deren Bewirtschaftung heute noch unumgänglich nötig ist. Die Neuregelung soll in der Weise erfolgen, daß die Leimbewirtschaftung durch den Kriegsausfluß für Ersatzfutter ersetzt wird durch eine private Bewirtschaftungsstelle, die aus den beteiligten Kreisen zusammengesetzt wird und in der das Interesse der letzten Verbraucher an der Verteilung, und Preisbildung für Leim durch den Staat nachdrücklich wahrgenommen wird. Wegen die Zuwiderhörungen gegen die Leimbewirtschaftungsvorschriften wird mit aller Strenge vorgegangen werden. Durch die Hebertragung der Leimbewirtschaftung an eine Vertretung der beteiligten Kreise hofft man den Mifständen, die sich bisher herausgestellt haben, mit verstärktem Nachdruck entgegenzutreten zu können.

**Aus der Papierindustrie Japans.**

Neben dem fabrikmäßig und dem von Hand erzeugten einheimischen Papier behauptet sich auf dem indischen Marke das nach jahrhundertalter Ueberlieferung zumeist von Demabekern hergezeugte japanische Papier. Im Jahre 1916 waren in Japan 45 621 Familien mit insgesamt 145 600 Köpfen gegen einen durchschnittlichen Tageslohn von 24 Cents in diesem Industriezweig beschäftigt. Die Jahreserzeugung wird auf 124 Millionen Dollar geschätzt. Die Hartbarkeit des japanischen Papiers und seine Vorzüge gegenüber der Fabrikwaare sind hauptsächlich auf die Verwendung von sehr langfasrigen, zähen und geschmeidigen Baumrinde — hauptsächlich der Maulbeerrinde — sowie auf die besondere Sorgfalt bei Herstellung der Papiermasse zurückzuführen. Es findet für die verschiedensten Zwecke Verwendung, sogar als Ersatz für Holz und Eisen. Als Schreibpapier für Tintenschrift ist es zu porös, dagegen für japanische Schrift mittels Pinsel und Tusche geeignet. Bücher aus diesem Papier können nur einseitig — auf der glatten Seite des Bogens — bedruckt werden. Auch in der Weberei, zur Herstellung von Stoffen aus Papier und Seide, sowie als Ersatz für Leder und besonders für Fensterglas bewährt es sich sehr gut.

**Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder.**

Der von der Generalversammlung in Hannover beschlossene Nachtrag zur Statutenfassung hat in seinem wesentlichsten Teile die Genehmigung des Reichsaufsichtsamtes erhalten. Bezüglich einiger weniger wichtigen Punkte schweben noch Verhandlungen. Die Durchlegung des Nachtrages wird deshalb bis nach Beendigung der Auseinandersetzungen verzögert werden, doch ist sicher, daß die Satzungsänderungen am 1. Januar 1920 in Kraft treten. Gleichzeitig mit diesen werden auch andere in Druck gegeben, die auf Grund des Gesetzes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge vom 26. September 1919 erforderlich waren.

Die neuen Bestimmungen enthalten eine Erhöhung der Beiträge, denen andererseits eine zeitgemäße Steigerung der Kassenleistungen gegenübersteht. Die Beitragsfrage und die Leistungen für vollberechtigte Mitglieder gestalten sich ab 1. Januar 1920 wie folgt:

**Abteilung A. Ersatzkasse.**

Kasse	Stammgeld			
	Grundlohn	Beitrag	pro Tag	pro Woche
1	12,—	0,45	1,20	7,20
2	24,—	0,90	2,40	14,40
3	36,—	1,35	3,60	21,60
4	48,—	1,80	4,80	28,80
5	60,—	2,25	6,—	36,—

**Abteilung B. Zuschußkasse.**

6	—	0,40	1,50	9,—
7	—	0,60	2,25	13,50
8	—	0,80	3,—	18,—
9	—	1,—	3,75	22,50
10	—	1,20	4,50	27,—

Für die Berechnung des Sterbegeldes ist von Bedeutung, da sich dasselbe für je 5 Jahre vollsteuernder Mitgliedschaft um je 10 Mk. erhöht, wobei Mitglieder, die während des verfloffenen Krieges Heeresdienste leisten mußten, diese Zeit angerechnet erhalten.

Die Wochenhilfe und Wochenfürsorge wird für versicherungsfreie Ehefrauen, Töchter, Stief- und Pflegekinder der in Abteilung A versicherten Mitglieder, falls sie mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben, gewährt. Für die durch diese Fürsorge verursachten Kosten erhält die Kasse aus Mitteln des Reiches die Hälfte zuzückerstattet.

Nach den Beschlüssen der Generalversammlung wird der Kasse am 1. Januar 1920 eine Sterbekasse angegliedert, in der Mitglieder der eriteren und deren Frauen und Töchter und bis auf weiteres auch alle Verursachungsgehörigen sowie deren Frauen und Töchter Aufnahme finden können. Gegen einen Monatsbeitrag von 50 Pf. wird ein Sterbegeld gewährt, das für Mitglieder, die der Kasse vor Vollendung des 45. Lebensjahres beitreten, nach einjähriger Mitgliedschaft 50 Mk., nach 2 Jahren 100 Mk., nach 3 Jahren 150 Mk., nach 4 Jahren 200 Mk., nach 5 Jahren 250 Mk. und nach 10 Jahren 300 Mk. beträgt. Mitglieder der Zentral-Kranken-

und Begräbniskasse können bis zum 31. März 1920 auch dann beitreten, wenn sie das 45. Lebensjahr bereits vollendet haben, doch erhöht sich in diesem Falle die Wartezeit in den ersten 5 Stufen um je ein Jahr.

Die Krankenkasse blickt auf eine mehr denn 40jährige Wirksamkeit zurück. Sie hat während dieser Zeit eine Beitragseinnahme von rund 6 Millionen, wovon mehr denn 90 Proz. für Versicherungseinstellungen an die Mitglieder zurückgezahlt werden konnten, während die Rücklagen zum Reservefonds und die Verwaltungskosten aus dem Rest der Summe und den sonstigen Einnahmen gedeckt wurden.

Die Verleistungen der Pflichtkassen müssen mindestens die Hälfte des Grundlohns des Versicherten betragen. Da aber die Reichsversicherungsordnung im Höchstfalle einen solchen von 80 Mk. vorsieht, ist in den meisten Fällen nur mit einer Unterfügung von 30 Mk. zu rechnen, die nur von wenigen Kassen um ein Geringes höher bemessen werden kann. Hier und in vielen anderen Punkten Wandel zu schaffen muß Aufgabe der in Aussicht genommenen Revision der Reichsversicherungsordnung sein. Da aber auch nach dieser Reform eine völlige ausreichende Unterfügung in Krankheitsfällen durch die Pflichtkassen kaum in Frage kommen wird, ist es ratsam, sich eine Zuschußkasse zu sichern, als welche die Zentralkasse infolge ihrer Leistungsfähigkeit empfohlen werden kann.

Näheres darüber ergibt die Satzung der Kasse, die in allen Verwaltungsjahren und im Bureau des Zentralvorstandes Leibniz-Neudrük, Rathausstr. 81 I zu erhalten ist. Z.

**Internationales.**

**Ungarn.** Von der ungarischen Verbandsleitung wird uns berichtet, daß seit dem Zusammenbruch der Räteregierung eine große wirtschaftliche und politische Krise herrscht. Das Leben der Arbeiterschaft ist sehr ungesund, mehr als 3000 Arbeiter befinden sich in Budapest in Haft. Rohmaterial und Rohstoffe sind nicht zu beschaffen, so daß sich die Zahl der Arbeitslosen in Budapest auf mehr denn 150 000 erhöht hat. Für eine Verbesserung der traurigen Verhältnisse besteht zunächst noch keinerlei Aussicht. Die Arbeitslosen werden nur von ihren Gewerkschaften unterstützt, die bisher in kurzer Zeit über 2 Millionen Kronen ausgezahlt haben. Der Buchbinderverband hat in Budapest 1300 Arbeitslose, für die 80 000 Kronen an Unterstützungen aufgewendet worden sind. Jede Woche werden 15 000 Kronen gebraucht.

Das am 30. August abgeschlossene Lohnabkommen mit den Unternehmern der Buchbinderbranche wurde verlängert. Das Abkommen sah bei achtstündiger Arbeitszeit Löhne im ersten, zweiten und dritten Jahr der Lehrzeit vor: 224, 230 und 234 Kronen; ältere Arbeiter sollen 240 Kronen pro Woche erhalten. Arbeiterinnen bekommen 122 bis 145 Kronen nach dem dritten Jahr. Für die Kartonnagenbranche wurde am 11. September ein besonderes Abkommen getroffen, nach dem neben der achtstündigen Arbeitszeit und Feiertagsbezahlung an Arbeiter 120 bis 240 Kronen vom fünften Jahr ab gezahlt werden und an Arbeiterinnen von 40 Kronen für Hand- bis 180 Kronen für Maschinenheftarbeiterinnen.

**Italienisch-französischer Arbeitervertrag.** Aus einem Artikel des Zentralorgans der italienischen Gewerkschaften entnehmen wir, daß jüngst in Rom zwischen Italien und Frankreich ein Arbeitsvertrag unterzeichnet worden ist, vorbehaltlich der Zustimmung der Parlamente. Der Grundzug der Bestimmungen ist die Gleichberechtigung der einheimischen Arbeiter und derjenigen des anderen Vertragslandes in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen, vor allem also im Genuß der Arbeiterfürsorgegesetze. Der Vertrag regelt die Arbeiterauswanderung aus einem Land ins andere, den Schutz der fremden Arbeiter hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, der Krankenfürsorge und des Versicherungswesens. Um zu verhindern, daß der wirtschaftlichen Entfaltung der Arbeiterschaft eines Vertragslandes aus dem Zustrom der fremden Arbeiter ein Nachteil erwachse, wird eine zweimal im Jahre in Paris zusammentretende italienisch-französische Kommission die geeigneten Maßnahmen auf Grund der Vorschläge bestehender oder zu schaffender Vertretungen der Arbeiter und Arbeitgeber vorschlagen. Die Regierungen verbürgen sich, daß der Lohn für einheimische und fremde Arbeiter gleich ist. An allen Orten, wo fremde Arbeiter mit ihren Familien in größerer

Zahl zugewandert sind, wird zum Zwecke des Schutzes ihrer materielle und moralischen Interessen ein Ausschuss errichtet, bestehend aus Vertretern der Regierung, zwei Arbeitsinspektoren, einem Beauftragten des Konsuls, zwei Arbeitern und einem Vertreter des Arbeitgeberverbandes. Auch in der Schule soll eine besondere Konvention Gleichberechtigung schaffen. Desgleichen soll der Vertrag auf die Kolonien, Besitze und Protektorate ausgedehnt werden.

**Großbritannien.** Den Stand der Arbeiterbewegung in Großbritannien und ihre Aussicht für die Zukunft hat der Vorsitzende der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, Ph. Snowden, in einem Artikel in der Pariser „Humanité“ gekennzeichnet. Wir geben seine Auslassungen im Auszug wieder:

„Großbritannien ist in Bewegung, ergriffen von einer großen sozialen und industriellen Unrast. Das Ende des Krieges hat eine Art Entspannung herbeigeführt, ein allgemeines Gefühl nervöser Reizbarkeit ist entstanden, das sich in Mißtrauen und Entfremdung äußert — jede Partei, jede Klasse hat ihre besonderen Beschwerden geltend zu machen, dazu kommen noch die allgemeinen Ursachen der Unrast, deren Folgen jeder spürt. Die Teuerung der Lebenshaltung steigt. Das tägliche Schauspiel, der allgemeinen Sucht nach raschem Geldgewinn erzeugt Unrast in der industriellen Welt, und in Anbetracht der Tatsache, daß es bei uns beinahe eine Million Arbeitsloser gibt, denen der Staat nur ungenügende Unterstützung gewährt, kann die Situation von einem Augenblick zum andern sehr ernst werden. Die wirtschaftliche und kommerzielle Lage des Landes beunruhigt alle diejenigen tief, die sich die Mühe geben, nachzudenken. Der Handel belebt sich nicht, die Industrien nehmen ihre Tätigkeit nicht wie vor dem Kriege auf. Die Staatsschuld wächst und die Ausfuhr entspricht in keiner Weise der Einfuhr.

Die Regierung und die Kapitalisten suchen die „Arbeitsleistung zu erhöhen“. Sie sehen darin das einzige Mittel zu einer Besserung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage. Jedoch ist eine Erhöhung der Produktion schwierig, wenn nicht unmöglich. Die Kriegslöhne, die Erhöhung der Abgaben und der Schiffsfracht, der Mangel an Schiffsraum (verschlimmert durch die Mobilisierung der Schiffe, die Munition und andere Materialien nach Rußland transportieren), die Teuerung der Rohstoffe und der Maschinen, die Sperre auf Ein- und Ausfuhr, die Abschließung der großen Märkte Zentraleuropas und Rußlands, die Auzunung unserer alten Märkte durch Amerika und Japan, die Verminderung der Nachfrage auf unseren eigenen Märkten infolge des Rückgangs der Kaufkraft der Massen sind genug Schwierigkeiten für die Wiederaufnahme des Handels. Die Erhöhung der Löhne im Bergwerk und bei den Eisenbahnen, die durch keine Vereinfachung in der Organisation ausgeglichen worden ist, hat die Ausbeutung dieser Industrien für die Privatunternehmungen sehr wenig vorteilhaft gestaltet. Damit sie nur irgendeinen Überschuss bringen, bedarf es sowohl einer ungeheueren Unterstützung durch den Staat als auch einer Erhöhung der Preise und der Tarife in einem Umfang, der für den Handel schädlich sein würde. Der Kapitalismus hat in diesen Industrien bankrott gemacht. So ist es auch in der Landwirtschaft.

Die einzige Möglichkeit, aus diesem Zwiespalt herauszukommen, ist die Nationalisierung dieser Unternehmungen und die Verwirklichung von Maßnahmen und wirtschaftlichen Reformen, die den Arbeitern alle errungenen Vorteile belassen und die Kosten der Produktion vermindern. Die Bergarbeiter und die Eisenbahnarbeiter haben dies begriffen und deshalb ist die Nationalisierung der Bergwerke und der Eisenbahnen, Hand in Hand gehend mit einer vernünftigen Maßnahme, der Errichtung einer gemischten Kontrolle, die gemeinsam von den Arbeitern und der Allgemeinheit ausgeübt wird, die Forderung des Tages. Die Regierung wird die Forderung der Bergleute nicht ohne hartnäckigen Kampf annehmen. Der größte Konflikt, der sich jemals zwischen Kapital und Arbeit erhob, ist nahe bevorstehend, und dieser Konflikt berührt nicht nur die Frage der Sozialisierung der Bergwerke, sondern auch das ganze Problem der Verwendung der öffentlichen Verkehrsmittel und Industrien als kapitalistisches Eigentum.

Der Kampf wird noch durch andere Forderungen der Arbeiter verschärft. Die Beunruhigung der Arbeiter, die in der Bergwerksindustrie ein Heilmittel suchen, ist auch durch Gründe politischer Art hervorgerufen. Diese politischen Motive liegen nicht im Plan der industriellen Aktion, sie sind aber nicht weniger vorhanden und stärken den Willen der Arbeiter.

Die augenblickliche Lage in Großbritannien muß jenen absolut gefähig sein, die die Psychologie von Streiks und Revolutionen kennen. Wir sind sicher, daß es in den kommenden Monaten ernsthafte Unruhen in Großbritannien geben wird. Aber es ist zweifelhaft, ob diese den Charakter einer Revolution annehmen werden. Wahrscheinlich aber ist, daß die zunehmende Unbeliebtheit der Regierung und der Wunsch, aus der Sackgasse herauszukommen, in die sie geraten, zu allgemeinen Neuwahlen im kommenden Winter führen werden, deren Ergebnis sein wird, daß eine Regierung zur Macht gelangt, die ernsthafte Anstrengungen machen wird, um die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, den Handel von seinen Fesseln zu befreien, den Friedensvertrag zu revidieren und die Handelsbeziehungen mit Mitteleuropa und Rußland zu entwickeln. Durch eine solche Politik wird man das Mißbehagen des Volkes etwas erleichtern und die Unzufriedenheit in den industriellen Kreisen befriedigen können. Denn der britische Arbeiter gehorcht vor allem seinem Magen, und die alte Politik der Tories, die darin bestand, das Uebermaß von Leiden zu beseitigen und damit den verhängnisvollen Wirkungen auf die herrschenden Kreise vorzubeugen, hat auch heute noch Aussicht auf Erfolg.

**Berichte.**

**Berlin.** Am 31. Oktober fand eine zahlreich besuchte Versammlung der Eis- und Stahlbranche statt. Die sich mit unseren neuen Teuerungszulagen und mit verschiedenen Branchenangelegenheiten beschäftigte. Adamczak nahm zum ersten Punkt der Tagesordnung das Wort und besprach unsere Teuerungszulagen, die den Satz von 30 Pf. die Stunde ergeben haben. Dabei wurde der Schriftwechsel mit dem V. V. vorgelesen, aus dem hervorging, daß der Vertreter unserer Branche zu den Verhandlungen mit den Unternehmern herangezogen werden sollte. Dies geschah jedoch nicht, sondern von der ganzen Eis- und Stahlbranche Deutschlands waren der V. V. sowie 2 Kollegen aus der Provinz (Leipzig und Eisenberg) vertreten. In der lebhaften Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß es nicht angängig ist, die Branchenleitung zu übergeben, und daß diese bei derartigen Anlässen mit herangezogen werden soll. Auch sind die Zustände für Berlin, das besonders unter den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen zu leiden hat, viel zu gering. Dann wurde bekanntgegeben, daß sämtliche Arbeit nur vom Arbeitsnachweis vermittelt werden darf und daß niemand unter der Hand in den Betrieb schlüpfen darf, während unsere arbeitslosen Kollegen hingeraten werden. Dies gilt nicht nur für uns, sondern auch für die Fabrikanten, die den Tarif ebenso beachten sollen wie unsere Kollegenschaft. Größere Beachtung ist dem Ueberstundenwesen sowie der Heimarbeit zu widmen, die für Berlin überhaupt verboten ist. Die Branchenleitung wird mit den schärfsten Mitteln dagegen einzusetzen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am 31. Oktober stattfindende Branchenversammlung der Eis- und Stahlbranche erwidert dem V. V., bei später eintretenden Verhandlungen mit den Arbeitgebern die Branchenleitung mit hinzuzuziehen. Da es schon des öfteren vorgekommen ist, daß Tarifverhandlungen stattfanden, ohne die Branche zu hören, so protestiert die Branchenversammlung auf das energischste gegen dieses Verfahren. Sie fordert vom V. V., bei derartigen Anlässen die Branchenleitungen der Eis- und Stahlbranche Deutschlands an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen. Die Versammlung stimmt unter den gegebenen Verhältnissen den Teuerungszulagen zu, bedauert aber auf das lebhafteste, daß diese niedrigen Sätze erzielt worden sind, und verpflichtet sich, mit aller Energie für die Bezahlung derselben einzutreten.

**Bielefeld.** In der Generalversammlung vom 27. Oktober erstattete Herr von der Geschäftsbericht vom 3. Quartal. Die Haupttätigkeit in der Verwaltung war auf den Neuaufbau unseres Tarifgerichts, der nach Ueberwinden von mancherlei Schwierigkeiten am 7. Oktober für die Buchbinder und am 20. Oktober für die in Kartonnagen- und Nebenbranchen Beschäftigten zustande kam. Die Mitgliedszahl beträgt 657, wovon 364 weibliche sind. Der Massenbericht bilanziert bei der Hauptkasse mit 6215,05 Mk. In der Lokalkasse ist ein Bestand von 2490,62 Mk. vorhanden. An Stelle des Kollegen Gergt, welcher sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niederlegte, wurde zum Bevollmächtigten Kollege Hoff gewählt.

Nach dem nunmehr erfolgten Tarifabschluß sind Wochenlöhne und Teuerungszulagen zusammengestellt und wie folgt festgelegt: Für Gehilfen je nach Alters- und Dienstjahrlöhne von 72 bis 92 Mk., Spezialarbeiter 4 Mk., mehr. Hilfsarbeiter von 24 bis 60 Mk. Für Verheiratete bei allen Positionen außerdem

5 Mk. Zuschlag. Arbeiterinnenerhalten von 21 bis 50 Mk. Ueberstunden werden mit 33% bis 100 Proz. Zuschlag vergütet. Ferien werden für Gehilfen mit 5 bis 12 und für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen mit 3 bis 6 Arbeitstagen vereinbart. Der Tarif gilt vorläufig bis zum 31. März 1920. Wenn in zwischen der Reichstafel vereinbart wird, kann der Tarif mit einer Frist von 4 Wochen jederzeit geändert werden. Zu bemerken ist, daß der Tarif restlos in allen Betrieben Bielefelds und Umgebung zur Einführung gelangt ist.

Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 27. Oktober eine Anstufungsteilung um ein Vorstandsmitglied jeden Abend von 5 bis 6 Uhr in der „Eisenhütte“ anwesend ist.

**Bonn.** Unsere Bewegung zur Erreichung einer Teuerungszulage ist beendet. Mit dem Verein der Buchbinderbesitzer für Bonn und Umgegend sowie mit der Firma Schmiedler wurden folgende Teuerungszulagen vereinbart: Von 20 Mk. Wochenlohn ab und darüber 5 Mk. pro Woche, von 30 Mk. ab 6 Mk., von 40 Mk. ab 8 Mk., von 50 Mk. ab 8 Mk., von 60 Mk. ab 9 Mk., von 70 Mk. ab 10 Mk., von 80 Mk. ab 11 Mk., von 90 Mk. ab 12 Mk. Die Teuerungszulagen treten vom 27. Oktober 1919 ab in Kraft. Die Erhöhung beträgt für 120 Personen im Durchschnitt pro Woche 8 Mk.

**Braunschw.** Unsere Bemühungen auf neue Teuerungszulagen sind jetzt beendet. Nach langen Verhandlungen wurden zugestanden: An verheiratete Gehilfen pro Woche 11 Mk., an ledige 10 Mk., an Maschinenarbeiterinnen und geübte Arbeiterinnen 6 Mk., an Arbeiterinnen nach halbjähriger Beschäftigung 5 Mk. und an Anfängerinnen 4 Mk. Unsere Mindestlöhne betragen jetzt für verheiratete Gehilfen pro Woche 95 Mk., für ledige 92 Mk., für Maschinenarbeiterinnen 70 Mk., für geübte Arbeiterinnen über 17 Jahre 46 Mk., für solche unter 17 Jahren 42 Mk., für Arbeiterinnen nach halbjähriger Tätigkeit 36 Mk. und für Anfängerinnen 30 Mk. Die gleichen Lohnsätze sollen jetzt auch in Wolfenbüttel durchgesetzt werden.

**Dresden.** In der Hauptversammlung vom 29. Oktober erstattete Wähler den Geschäftsbericht. Die Verwaltung leidet unter dem Mangel an Mitwirkung der Kollegen, die die meisten der wertvollen tätigen Mitglieder sind, und die wenigsten der Mitglieder sind bereit, das es schwer war, allen Anforderungen gerecht zu werden. Hinzu kommt, daß in allen Branchen Lohnbewegungen im Gange sind. Die Mitgliederzahl wächst erfreulicherweise weiterhin an, so daß zu erwarten steht, daß wir bis Ende des Jahres die 600 erreichen. Die Rabliste zählt gegenwärtig 567 männliche und 880 weibliche Mitglieder, gegen insgesamt 4416 am Schluß des Vorquartals. In 78 Versammlungen und Sitzungen wurden die Verwaltungsgeschäfte erledigt. Dazu kommen 75 Verhandlungen bzw. Einmähen an Unternehmer. Der paritätische Arbeitsnachweis findet weiterhin Förderung, und die Penultima seierte sich fortgesetzt. Arbeitslos waren zu Ende des Quartals 45 männliche und 65 weibliche Mitglieder. Beim Massenbericht weist Hoff auf das enorme Anwachsen aller Zahlen hin. Der Bericht schließt in Einnahme und Ausgabe mit 36854,90 Mk. 20000 Mk. konnten an die Hauptkasse abgeführt werden. Die Lokalkasse bilanziert mit 23378,91 Mk. Der Bestand für das nächste Quartal beträgt 18627,35 Mk. Dann werden die Berichte über die laufenden Lohnbewegungen entzogen. Ueber die Bewegung in der Buchbinderbranche ist bereits in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ berichtet worden.

Zur Lohnbewegung in der Kartonnagenbranche berichtete Gask, daß das Gewerbegericht als Einigungsamt angezogen wurde. Die nächste Branchenversammlung soll dann Stellung dazu nehmen. Weiter berichtet Gask über die Lohnbewegung in der Luxusarten- und Plakatbranche. Für die Luxusartenbranche kam ein Tarif zum Abschluß, der wesentliche Verbesserungen bringt. Auch in der Plakatbranche kam eine Einigung zustande. Für die Zigarettenkartonnagenbranche erklärt Wähler, daß die Bewegung befriedigende Resultate erzielt hat, lediglich die Frage des Akkordtarifs löst auf starke Widerstände. Aus der Versammlung wurde eine Reihe Anfragen gestellt bzw. Beschwerden gegen einzelne Betriebe vorgebracht. Dann nahm Hoff nach Verhandlung auf die Bedeutung der Wahlen zum Verbandsbeirat hinzuweisen.

**Elberfeld.** Hier fand am 3. November eine zahlreich besuchte Versammlung der Buchbinder und verwandten Berufskollegen und Kolleginnen statt. Die Lohnkommission erstattete Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden. Anführer gab den Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für die Papierverarbeitungsindustrie. Dieser

Bericht war insofern wenig erfreulich, indem die Arbeitgeber ein allzu geringes Entgegenkommen gegenüber den gerechten und den Zeitumständen entsprechenden Forderungen der Arbeiterschaft bewiesen. Das Angebot derselben, auf die bestehenden Löhne den Arbeitern 20 Proz. und den Arbeiterinnen 16 Proz. neue Lohnerhöhungen zu gewähren, ist der Lohnkommission doch zu gering gewesen, so daß sie dieses Angebot nicht angenommen hat. Sie muß es vielmehr der Arbeiterschaft überlassen, darüber zu entscheiden. Bemerkenswert ist dabei, daß die Briefumschlagfabriken erklären ließen, daß sie reichstärklich gebunden seien und folglich für die neuen Teuerungszulagen nicht in Frage kämen. An dieser Stelle muß hervorgehoben werden, daß die Arbeiterinnen nicht in Frage kämen. An dieser Stelle muß hervorgehoben werden, daß die Arbeiterinnen nicht in Frage kämen.

In der Diskussion kam wiederholt zum Ausdruck, daß die Kollegenschaft mit dem Angebot der Arbeitgeber in der Papierverarbeitungsindustrie, momentlich in den Druckereien, nicht einverstanden war. Man wolle nicht immer im großen Abstand hinter den Löhnen der Buchdrucker zurückbleiben. Groenhoff gab einen Ueberblick über den Reichstarif und die bisherigen Verhandlungen, die ihm in Leipzig festgehalten haben. Er wies darauf hin, daß die Zulagen in den Briefumschlagfabriken reichstärklich geregelt werden sollten. In diesem Zweck war für den 6. November eine Konferenz der Arbeitgeber, und Arbeitnehmervertreter nach Eberfeld einberufen. Diese Konferenz ist aber infolge der Bahnsperrre bereitet, und sollen mannehr laut mündlicher Mitteilung des Herrn Rabus-Berlin die Teuerungszulagen örtlich geregelt werden. Groenhoff gab noch eine Erklärung über seine Verhandlungen mit Herrn Dr. Haubhaus, den er bisher als Schlichter nicht kennen gelernt habe. Derselbe habe ihm gegenüber auch bereits neue Verhandlungen in Aussicht gestellt. Daher empfiehlt Groenhoff, solche Verhandlungen von neuem anzubahnen. Annahme fand ein Antrag aus der Mitte der Versammlung, das Angebot der Arbeitgeber der Papierverarbeitungsindustrie entschieden abzulehnen und die Lohnkommission zu beauftragen, an den gestellten Vorbrunnen festzuhalten und neue Verhandlungen einzuleiten.

Nach Redaktionschluss wird uns ersandend aus Eberfeld berichtet, daß es in den Briefumschlagfabriken zu einer Einigung dahin gekommen ist, daß auf die Arbeiterlöhne sowohl als auch auf die Arbeiterinnen eine Erhöhung von 20 Proz. angesetzt ist. Mit dem Arbeitgeberverband der Papierverarbeitungsindustrie wurden 30 Proz. Lohnerhöhung vereinbart, was mit den vorgenannten Erhöhungen ziemlich übereinstimmt. Auch der Arbeitgeberverband der Kartonnagenindustrie hat 30 Proz. bewilligt. Die näheren Bedingungen sollen noch festgelegt werden. In Bezug auf die Ueberfinden hat der Arbeitgeberverband für die Papierindustrie die Sätze des Buchdruckerstarifs bewilligt.

Die Minimallöhne gestalten sich nunmehr in den Hauptpositionen wie folgt: Anfangsminimallöhne der Arbeiterinnen 31,68 M., Endminimallöhne der Arbeiterinnen 72,21 M., Anfangsminimallöhne der jugendlichen Arbeiter 33,99 M., Löhne der Arbeiter von 20½ Jahren 78,71 M., von 21 Jahren 84,96 M., von 24 Jahren 118,43 M., Spezialarbeiter 120,12 M.

**Arbeitsbedingungen.** Unsere neugegründete Zastelle hielt am 8. November ihre erste Versammlung ab, die gut besucht war. Der Vorsitzende Christ erstattete einen Bericht über die stattgefundene Sitzung wegen der neuen durchgehenden Arbeitszeit, daß nach Vereinbarung mit der Betriebsleitung dieser zugestimmt worden ist. Die Arbeitszeit dauert von 7½ bis 3 Uhr mit einer halbstündigen Pause. Auch wurde eine Lohnzulage von 10—15 Proz. zugestimmt. Der Lohnbeitrag wurde für die drei untersten Klassen auf 5, für die höheren auf 10 Pf. vorerst festgesetzt. Der Ausschuss, der noch zu ergänzen war, setzt sich zusammen aus: Christ I., Döhler 2., Borstingher, Stillebauer Kassierer, Krant I., Frühaufer 2., Schriftführer, Bibliothekar Minch, Revisoren Schneider und Kap. Da nur hier ein Betrieb in Be-

tracht kommt, ist zu berichten, daß alle 8 dem Verbands angehört sind. Wir zählen über 60 Mitglieder.

**Muggensturm i. B.** Bei der Firma Dreijug u. Ross waren Forderungen auf neue Teuerungszulagen gestellt worden. Das Entgegenkommen der Firma war ein ungenügendes, so daß in den beiden Betrieben der Firma in Muggensturm und Akrastatt die Arbeiterschaft in einen kurzen Zustand treten mußte, um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu geben. Nach längeren Verhandlungen zeigte sich dann die Firma bereit, die Forderungen anzuerkennen. Gefordert und zugestanden wurden: An Arbeiter unter 18 Jahren 6 M., an solche bis 19 Jahren 9 M., bis 22 Jahren 12 M., und an ältere 15 M. Arbeiterinnen erhalten unter 18 Jahren 5 M., bis 18 Jahren 6 M., bis 21 Jahren 7,50 M. und ältere 9 M. Diese Sätze werden ab 16. Oktober nachgezahlt. Unsere Mitarbeiter erkennen immer mehr die für sie recht praktische und ausbringende Tätigkeit des Verbandes an.

**Regensburg.** Ab 1. Oktober werden den in den hiesigen Druckereien beschäftigten Buchbinderearbeitern nach vorausgegangenen Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des Buchdruckervereins neuerdings Teuerungszulagen gewährt, die in den meisten Fällen eine zehnprozentige Erhöhung des Gesamtlohns herbeiführen. Die Gesamtlohne betragen jetzt: Für ledige Weibchen im 1. Gehirnsjahr 52,80 M., im 3. Jahre für ledige 57,68 M., für verheiratete 58,08 M., im 6. Jahre für ledige 71,04 M., für verheiratete 79,20 M., im 9. Jahre für ledige 79,20 M., für verheiratete 87,90 M., und für solche mit 34 M. Grundlohn für ledige 93,40 M., für verheiratete 98,06 M. Hilfsarbeiter erhalten im 17. Lebensjahr 36 M., im 21. Lebensjahr 52 M., und im 26. Lebensjahr und darüber 66 M., verheiratete 76,60 M. Arbeiterinnen erhalten im 1. Berufsjahr 28,80 M., im 3. Berufsjahr 38,40 M., im 6. Berufsjahr 44,40 M., im 8. Berufsjahr 50,10 M.

Daß die hiesigen Arbeitgeber unseres Berufes schon mit dem kommenden Reichstarif rechnen, ergibt folgende Bemerkung in einer Zukchrift derselben: „Bei einer etwaigen Durchführung des Reichstarifs sind die Teuerungszulagen anzuerkennen.“ Eine weitere Forderung erging an die freie Vereinigung der Buchbindermeister, für welche ein eigener Tarif derbest. Auch hier war ein Erfolg beschieden. Es wurden Zulagen von 5 bis 10 M. für Weibchen und von 3 bis 7 M. für Arbeiterinnen erreicht. In der Kartonnagenfabrik Haselner, hier, erhielten die Kolleginnen 2, 3 und 5 M. zugelegt, so daß jetzt Löhne von 26, 30 und 35 M. für Kartonnagenarbeiterinnen besetzen. Vor dem 1. Juli waren es 16, 20 und 22 M. Verschiedene dieser Kolleginnen, die sich anfangs getraut hatten, einer Organisation anzugehören, und die nicht glauben wollten, daß ihnen diese eine Verbesserung ihrer Entlohnung bringen könnte, werden es jetzt einsehen und zu schätzen wissen, welche Vorteile sie durch den Anschluß an unsern Verband erreicht haben.

Bei der Firma Guntner u. Sohn wurde im August Affordarbeit eingeführt trotz eines Protestes unsererseits. Der Betriebsführer versprach zwar, nach dem Leipziger Affordtarif zu zahlen, doch gab dieser den Zuschlägen und Teuerungszulagen eine andere Auslegung. Wir brachten diese Angelegenheit vor das hiesige Schlichtungsamt, das uns zur Annahme der Affordarbeit verpflichtete auf Grund unseres noch bis zum Schluß des Jahres laufenden Tarifs. Dem Arbeitgeber wurde jedoch zur Aufgabe gemacht, sämtliche Grundpositionen mit den entsprechenden Zuschlägen, wie sie der Leipziger Affordtarif vorschreibt, zu bezahlen. Die bisher gezahlten Affordlöhne werden von unserem Tarifamt in Leipzig einer Revision unterzogen und wird Herr Guntner verpflichtet, die fehlenden Beträge nachzahlen. — Inzwischen haben wir die Firma soweit gebracht, daß nur eine kleine Differenz in den prozentualen Zuschlägen besteht und nur noch die Höhe der Teuerungszulagen strittig ist, welche nach Einlauf der Revision des Tarifamts geregelt wird.

Ueber unsere Erfahrungen im Verkehr mit dem Tarifamt werden wir gelegentlich ein Wort bezüglich der Langsamkeit desselben zu reden haben, wenn auch Umstände vorliegen, die manches entschuldigen. Besonders in einer so wichtigen Sache, in welcher selbst Arbeitgeberkreise stark interessiert sind, wie das Verlesen eines Schreibens des Verbandes der Buchbindereibesitzer gelegentlich der Schlichtungsverhandlungen beweist, worin die Herren Guntner beauftragten, alles daranzusetzen und ihm ihre Hilfe anboten, falls der Urteilspruch so ausginge, daß Affordarbeit nicht gestattet werde, wie wir beantragt hatten.

Am 11. Oktober konnten wir unser 20. Stiftungsfest feiern, das ziemlich gut besucht war. Eitlinger als Vorsitzender gab in seiner Begrüßungsrede einen Rückblick auf das Entstehen, Werden und

Wirken der Zastelle in den verfloffenen 20 Jahren. Er erlief in anerkennenden Worten die Gründer der Zastelle: Haselner, Döhler, welcher ununterbrochen Kassierer war, Dreher, Döhler, der sich noch in englischer Gesangsweise befindet, Kaiser und die Kollegin Mühlender. Ein Ueberbruch von 126 M. wird unserer Arbeitslosen am Orte zugute kommen.

**Trier.** Unsere Quartalsversammlung vom 2. November war recht gut besucht. Aus dem Quartalsbericht des Vorsitzenden sei besonders unsere Lohnbewegung erwähnt, welche vor 3 Wochen nach langen schwierigen Verhandlungen ihr Ende erreichte. Wer die hiesigen Verhältnisse kennt, kann sich vorstellen, welche Mühe und Arbeit es gekostet hat, einen Tarif einzuführen. Nur dadurch, daß alle dem Verbands beigetreten sind und geschlossen hinter den Forderungen standen, konnten recht gute Erfolge erzielt werden. Bei Beginn der Bewegung wurden an Kollegen noch 42 und 45 M., und an Kolleginnen 19—21 M. gezahlt. Der Abschluß des Tarifs brachte außer der Einführung von Wochenlöhnen und Ferien noch Lohnerhöhungen bis zu 100 Proz. Es werden jetzt bezahlt für Mädchen 30—40 M., für Hilfsarbeiter 30—66 M., und für Weibchen 62,40 bis 90 M. Wochenlohn. Außerdem wurde eine einmalige Teuerungszulage für Hilfsarbeiter von 30 bis 90 M. und für Weibchen von 75—150 M. gegeben. An Ferien wurden 3—6 Tage bewilligt. So brachte diese erste Lohnbewegung, welche hier durchgeführt wurde, schöne Erfolge, so daß auch alle nun den Nutzen des Verbandes anerkennen. Der Vorsitzende ermahnte alle Mitglieder, nun auch weiterhin treue Verbandstollegen und -kolleginnen zu bleiben, damit wir das Erzielte nicht nur festhalten, sondern noch weiter ausbauen können. Und dieses kommt jetzt mit der Einführung des Reichstarifs, welcher für alle wieder große Vorteile bringen würde. Unsere Mitgliederzahl beträgt 57, und zwar 19 Kollegen und 38 Kolleginnen. Offen wir also, daß alle ihre Pflicht, dem Verbands anzugehören, hochhalten; denn ohne diesen wäre bei weitem nicht das erreicht worden, was so zum Wohle aller erzielt wurde. Darum merkt sich jeder, daß nur Einigkeit und Geschlossenheit stark macht.

**Rundschau.**

**K. Kranken- und Sterbegeld nach Ausschneiden** aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung. Trotz der verhältnismäßig einfachen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung ist es doch in einzelnen Fällen für die Versicherten schwierig, die Rechtslage richtig zu würdigen. Es ist daher ein großer Vorteil für sie, wenn ihnen durch Organisationsrichtungen in solch verzwickten Fällen Hilfe zu teil wird, wie folgender Fall beweist. In der Papiergroßhandlung von E. u. R. in Berlin war der schon vor seiner Einziehung zum Kriegsdienst tätige Hausdiener G. nach seiner Entlassung vom Militär vom 15. bis 23. Dezember 1918 wieder weiterbeschäftigt worden. Am 23. Dezember gab G. plötzlich ohne ersichtlichen Grund seine Arbeit auf und fuhr nach Ostpreußen. Nach etwa 14 Tagen wurde er seines krankhaften Zustandes wegen von dort zurückgeholt. Einer Beschäftigung ging er jedoch nicht wieder nach, er trat auch nicht in ärztliche Behandlung. Sein Zustand verschlimmerte sich so, daß er am 28. Februar der Irrenanstalt G. überwiesen werden mußte. Hier verblieb er bis zu seinem am 2. Juli an Gehirn-erweichung erfolgten Tode. Als Frau G. bei der Ueberführung ihres Mannes bei der Krankenkasse Unterstützungsansprüche geltend machte, wurde sie auf Grund ihrer Angabe, daß G. bis 23. Dezember nur gearbeitet und dazwischen nicht ärztlich behandelt worden war, abgewiesen, weil zwischen Erkrankung und Erwerbsunfähigkeit mehr als 3 Wochen lagen. Als Frau G. dann Anfang August des Militärentwernens wegen das Arbeitsekreteriat in Anspruch nahm, kam auch die Rede auf den Krankheitsfall und die Unterstützung, die Frau G. längst als erledigt angesehen hatte.

Durch Vermittlung des Sekretariats wurde dann Rückfrage bei der Irrenanstalt G. gehalten und durch ärztliche Bescheinigung festgelegt, „daß die bei G. am Tage seiner Einlieferung in die Anstalt festgestellte Gehirn-erweichung, an welcher er verstarb, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit am 23. Dezember 1918 (also zur Zeit, als G. ohne ersichtlichen Grund seine Arbeit einstellte) bestanden habe und er deshalb von diesem Tage bis zu seinem Tode ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen sei.“

Da die Mitgliedschaft bei einer Krankenkasse ununterbrochen fortbesteht, wenn eine erwerbsunfähige Krankheitsperiode sich unmittelbar an die versicherungspflichtige Beschäftigung anschließt, so gewährte die Krankenkasse auf Grund dieser vorgehenden ärzt-

lichen Bezeichnung des Krankenhauses ohne weiteres die statistische Kranken- und Sterbeunter- stützung. So kam die Frau endlich nach 9 Monaten in den Genuss derselben.

Die Frau im Wirtschaftsleben. Im Archiv für Frauenkunde erörtert Dr. Müller-Frischfels die Frage, ob es eine klar zu umschreibende Eigenart der weiblichen Psyche gebe. Er erkennt dieses besondere weibliche Seelenleben an und erklärt darum, daß es eine spezifisch weibliche Kunst gibt, eine Kunst, in der sich die Merkmale des weiblichen Seelenlebens wiederfinden. Am einen Unterschied zwischen der männlichen und der weiblichen Frauennatur festzustellen, braucht man nicht viel Geschicklichkeit anzuwenden. Die Erfahrung hat es uns zur Genüge gelehrt. Wie die kapitalistische Ausnutzung der Frau auf die Frau als weibliches Wesen einwirkt, ist uns allen bekannt. Und doch macht man im Arbeitsleben keinen Unterschied, wie er sein müßte. Nur der einige gewerkschaftliche Zusammenschluß ist imstande, auch die Frau von unnatürlichen Schranken zu befreien.

Beruf und Körperkultur. Es ist bekannt, in wie hohem Maße die lange und gleichförmige Berufsarbeit auf den Körper schädigend einwirkt. Herzleiden, Lungen-Ähnung, Unterleibsbrüche, Kurzsichtigkeit, Krampfadern, Bluthüße, Verkümmung des Halswirbels, Deformierung des Brustkorbes und unendlich viel mehr: das sind die Folgen der Berufsarbeit. Natürlich wirkt der achtstündige Arbeitstag auch in dieser Beziehung günstig ein, doch bleibt immer noch die Ueberanstrengung, die das ewige Einerlei der Arbeit mit sich bringt, so daß auch in Zukunft jeder Beruf seine besonderen Leiden im Gefolge haben wird wie bisher. Anders wird es erst, wenn eine gesunde Menschen- ökonomie in den einzelnen Berufsarten walten wird. Von der gewaltigen Schädigung, die diese ewige Treitmühlarbeit jedem bringt, macht man sich meist keinen rechten Begriff. Vielleicht zeigt ein Wort die Jämmerlichkeit der Verhältnisse in ihrer ganzen Größe, ein Wort, das der bekannte Berliner Chirurg Prof. Dr. August Bier jetzt in der Münch. Medizinischen Wochenschrift (1919, Nr. 41) ausgesprochen hat. Er weist in dieser Arbeit auf die Notwendigkeit von Körperport hin und sagt: „Ich ver- säume keine Gelegenheit, meinen Hörern wirklich schon gedebte Menschen zu zeigen und sie darauf aufmerksam zu machen. Aber obwohl ich als Chirurg täglich nackte Menschen sehe, die an keiner verunstalteten oder zehrenden Krankheit leiden, komme ich nur alle paar Jahre einmal dazu.“ Wie wir sehen, ist das Allheilmittel hiergegen nicht der Sport, sondern noch wichtiger ist die Besserung der

wirtschaftlichen Verhältnisse. Darum: Je mehr wir durch den Gewerkschaftskampf vorwärts kommen, um so besser wird auch die körperliche Kultur.

Arbeitnehmer und Sozialisierung. In der „Städte-Zeitung“ bringt Ingenieur Erwin Nikolaus eine interessante Arbeit über das Verhältnis der Arbeiter in den städtischen und privaten Betrieben. Wir können aus diesen Untersuchungen einen Schluß ziehen auf die günstige Wirkung, die die Sozialisierung des ganzen Wirtschaftslebens mit sich bringen wird. Wenn man zunächst die Anzahl der Be- schäftigten unter den städtischen Arbeitern mit denen privatgewerblicher Betriebe vergleicht, so ergibt sich, daß unter den städtischen Arbeitern die Verheirateten 20 Proz. stärker vertreten sind. Das bringt das Sicherheitsgefühl mit sich, das der städtische Betrieb bietet im Gegensatz zu den privaten Betrieben, die meist von soviel Zufällen abhängig sind. Demgemäß ist auch die Zahl der Kinder unter 14 Jahren bei den städtischen Arbeitern durchschnittlich doppelt so hoch wie die Arbeiterzahl. Im Durchschnitt beträgt der Familienstand fünf Köpfe. Auffallend ist das höhere Alter der Gemeindegewerksarbeiter. Die Zahl der über 50 Jahre alten Arbeiter beträgt in der Privat- industrie 9,73 Proz., in den städtischen Betrieben dagegen 24,77 Proz. Ja, manche Städte beschäftigen sogar sehr alte Arbeiter, weil die Städte auf den Zustand des Arbeiters mehr Rücksicht nehmen und weil sie von einem alten Manne, der noch arbeiten will, nicht mehr verlangen, als er leisten kann. So beschäftigt München 292 Leute im Alter von 61 bis 70 Jahren und 40 Arbeiter, die schon über 70 Jahre alt sind. Das ist in der Privatindustrie nur sehr selten der Fall. So ist es nicht verwunderlich, daß die Arbeitsstellen in den städtischen Betrieben sehr gesucht sind. Ihre Vergünstigungen hinsichtlich Krank- heit, Unfall usw. laden. Sie sind besser als in der Privatwirtschaft. Und daß diese bessere soziale Lage auch möglich ist ohne Schäden der sog. Rentabilität, zeigt uns dieser Vergleich zwischen städtischen und privaten Betrieben ebenfalls. Die großen Städte rechnen bekanntlich bei Bezug von Gas, Wasser und Elektrizität wesentlich niedrigere Einheitspreise, und doch finden wir in diesen Städten nicht nur höhere Arbeitslöhne und hohe Ruhegehälter, sondern trotzdem noch sehr hohe Gewinne, die von den technischen Betrieben abgeworfen werden. Ideal sind damit die Aufstände in den städtischen Arbeitsverhältnissen natürlich noch nicht. Aber der Gegensatz im Verhältnis zu der Privatwirtschaft fällt so in die Augen, daß es unbegreiflich ist, wie ein Arbeiter da noch an der Notwendigkeit der Sozialisierung zweifeln kann. Und er geht in der Richtung dieses Weges, wenn er sich unserem gewerkschaftlichen Kampfe anschließt.

Abrechnungen

vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 10. November bei der Verbandskasse ein von: Gau 13 100 M., Berlin 26 349,81 M., Kottbus 400 M., Cottin 1342,20 M., Gau 5 700 M., Oldenburg 800 M., Bielefeld 2000 M., Kassel 2000 M., Gau 9 200 M., Arnstadt 500 M., Echart 1800 M., Gera — M., Gotha 674,92 M., Jena — M., Tuisburg- Rührodt 450 M., Darmstadt 1100 M., Gießen-Be- klar 313,44 M., Saarbrücken — M., Trier 823,91 M., Gau 12 2375,91 M., Chemnitz 4000 M., Wutzen 1700 M., Zittau 500 M., Heilbronn 4000 M., Karlsruhe 2500 M., Kirchheim u. Teck — M., Trossingen 1500 M., Kaufbeuren 350 M.

An alle diejenigen Zahlstellen und Gauen, die eine Abrechnung für das dritte Quartal 1919 noch nicht eingeleistet haben, richten wir das dringende Er- suchten, unverzüglich ihren Verpflichtungen nachzu- kommen. R. Lender.

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer. B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer. Augsburg. B.: J. Schlegel, Jakobstr. 6. 66, Hgb. 1. K.: R. Wirth, Sophienstr. 2. Ludwigshafen. B.: J. Lipfert, Magstr. 63. K.: A. Krieger, Wendenheimerstr. 251.

Literarisches.

Ratgeber für Kriegsbeschädigte. Von Erich Hoffmann. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9. Preis 1,50 M. Die Schrift des in der Kriegsbeschädigtenbewegung sehr bekannten Verfassers stellt ein Auskunftsmittel über alle Fragen der Rentenversorgung und sozialen Für- sorge dar. Da alle Rechtsauskunftsdritten, die wäh- rend des Krieges auf den Markt gebracht wurden, mehr oder weniger überholt sind, füllt Hoffmanns Arbeit, die alle gesetzgeberischen Akte bis Anfang Mai 1919 berücksichtigt (Feuerungszuschläge, Ent- lassungszuschläge, Militärversorgungszuschläge, reichs- gesetzliche Regelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge, Einhellungszwang usw.) eine Lücke aus, die von allen Rechtstuchenden und Auskunftsrechten recht un- angenehm empfunden wurde. Wer sich rasch und zuverlässig über den derzeitigen Stand des Kriegs- beschädigtenrechts in Deutschland unterrichten will, greife zu diesem Werkchen.

Kleine Buchbinderei

zu verkaufen. Gerhard Böhm, Buch- bindemeister, Staßfurt, Al. Markt 2.

Papierschnidemaschine

für Buchbinder zu verkaufen durch Herm. Gerdau, Uelzen (Hann.).

Der Reichstarif für die Briefumschlag- und Papierausstattungsfabriken

liegt gedruckt vor. Der Tarif kann in Or- ten mit Briefumschlag-Industrie von den Verwaltungen zum Preise von 25 Pf. pro Stück bezogen werden. Direkt vom Verbandsvorstand bezogen kostet er ein- schließlich Porto 30 Pf. Geldsendungen an G. Lender, Berlin S. 59, Urbanstr. 631.

La Knochenleim

hellbraun, in sehr dickflüssiger fast fester Form, von vorzüglicher Klebkraft und Ausdehnbarkeit für das gesamte Buchbindergewerbe, sehr zu empfehlen, ein größeres Quantum abzugeben. Anfragen befördert unter O. C. 1193 die Annoncen-Expedition W. Dittmann, Gellertkirchen.

Der Stücklohn-Tarif für die Eisenberger Etwisfabrikation

ist zum Preise von 1,30 M. einschl. Porto zu beziehen durch Fellig Klingenschmidt, Eisenberg S.-A., Schorl 18.

Anzeigen

finden nur Aufnahme nach vor- heriger Einsendung des Betrages.



WIRIL Klebstoffe

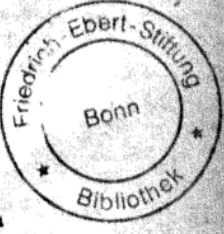
sind allen voran glänzende Begutachtungen Lieferanten von Staats- u. städt. Behörden, industriellen Werken u. der Handelswelt.

Pluster u. 5 kg gern zu Diensten, Verwendungsart bitte angeben!

Chemisch Technische Werke Willybald Richter Leipzig Quersstr. 76

Tele. 3049, 11248 \* Telegr. Adr. Wirilwerke

Zur Messe: Zeisighaus I, Obergeschoß Stand 74/76



# Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

1. Die Anleihe beträgt fünf Milliarden Mark in fünf Millionen Anleiheheften zu Eintausend Mark, rückzahlbar innerhalb 80 Jahren nach untenstehendem Tilgungsplane. Sie ist eingeteilt in fünf Reihen (A, B, C, D, E). Jede Reihe enthält 2500 Gruppen (1 bis 2500), jede Gruppe 400 Nummern (1 bis 400).

2. Halbjährlich findet eine Gewinnverlosung nach untenstehendem Gewinnplane statt.

3. Vom 1. Januar 1940 an steht dem Inhaber das Recht zu, unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahre die Rückzahlung zum Nennwert zuzüglich des Zuschlags von 50 Mark für jedes verfloßene Kalenderjahr unter Abzug von 10 v. H. des Gesamtbetrags zu verlangen.

4. Sollte vor dem 1. Januar 1930 eine neue gleichartige Spar-Prämienanleihe zur Ausgabe gelangen, so haben die Inhaber der Stücke dieser Anleihe das Zeichnungsvorrecht.

5. Die Inhaber der Stücke genießen die untenstehenden Steuerbegünstigungen.

## Gewinnplan:

5 Gewinne zu 1 000 000 Mark	=	5 000 000 Mark
5 " " 500 000 "	=	2 500 000 "
5 " " 300 000 "	=	1 500 000 "
5 " " 200 000 "	=	1 000 000 "
10 " " 150 000 "	=	1 500 000 "
20 " " 100 000 "	=	2 000 000 "
50 " " 50 000 "	=	2 500 000 "
100 " " 25 000 "	=	2 500 000 "
200 " " 10 000 "	=	2 000 000 "
300 " " 5 000 "	=	1 500 000 "
400 " " 3 000 "	=	1 200 000 "
400 " " 2 000 "	=	800 000 "
1000 " " 1 000 "	=	1 000 000 "

Im ganzen jedes Halbjahr  
2500 Gewinne über zusammen 25 000 000 Mark.

Gewinnverlosungen finden am 2. Januar und 1. Juli jedes Jahres, erstmals im März 1920, statt. Bei jeder Verlosung werden 2500 Gewinne im Gesamtbetrag von fünfundsiebzig Millionen Mark gezogen. Die gezogenen Gruppen und Nummern gelten für sämtliche fünf Reihen. Sie werden im „Deutschen Reichsanzeiger“ bekanntgemacht. Ein mit einem Gewinn gezogenes Stück nimmt auch teil an den Gewinnziehungen bis zu seiner Tilgung teil. Ein und daselbe Stück kann jedoch in jeder

Ziehung nur einmal gewinnen. Die Gewinne werden von dem auf die Verlosung folgenden 1. März oder 1. September an, die der ersten Verlosung vom 1. April 1920 an unter Abzug von 10 v. H. ausgezahlt.

## Tilgungsplan:

In den Jahren	Tilgung		Bonus		
	jährliche Stückzahl	jährlicher Gesamtbetrag Mark	jährliche Stückzahl	im einzelnen Mark	jährlicher Gesamtbetrag Mark
1920—1929	50 000	50 000 000	25 000	1000	25 000 000
1930—1939	75 000	75 000 000	37 500	1000	37 500 000
1940—1949	100 000	100 000 000	50 000	1000	50 000 000
1950—1959	75 000	75 000 000	37 500	2000	75 000 000
1960—1999	50 000	50 000 000	25 000	4000	100 000 000

Die Tilgungsauslosungen finden am 1. Juli jedes Jahres, erstmals am 1. Juli 1920, im Anschluß an die Gewinnverlosung statt. Zur Bestimmung der zu tilgenden Stücke (50 000, 75 000 oder 100 000) werden jedesmal 4, 6 oder 8 Nummern gezogen. Die gezogenen Nummern gelten für alle Gruppen und Reihen. Sie werden im „Deutschen Reichsanzeiger“ bekanntgemacht. Jedes gezogene Stück wird zum Nennwert zurückgezahlt mit einem Zuschlag von 50 Mark für jedes bis zur Fälligkeit verfloßene Jahr; die Stücke jeder zweiten gezogenen Nummer erhalten außerdem den im Tilgungsplan angegebenen Bonus. Die Tilgungsummen mit Zuschlag und Bonus werden von dem auf die Auslosung folgenden 29. Dezember an gegen Ausbändigung des Stückes ausgezahlt.

## Steuerbegünstigungen:

- Befreiung eines Besitzes bis zu 25 Stück von der Nachlasssteuer und bezüglich derselben Stücke von der Erbschaftsteuer. Keine Nachlass- oder Erbschaftsteuer für die auf den Namen Dritter bei der Reichsbank oder anderen vom Reichsminister der Finanzen noch zu benennenden Stellen auf fünf Jahre oder auf Todesfall hinterlegten Stücke (bis 10 Stück für jede einzelne dritte Person).
- Der Vermögenszuwachs, der sich aus dem Besitze der Anleihestücke gegenüber dem bei der Erwerbung der Stücke anzunehmenden Vermögenswert ergibt, unterliegt nicht der Besitzsteuer (Vermögenszuwachssteuer).
- Die dem Besitzer der Stücke auf Grund der vorstehenden Bestimmungen zustehenden Leistungen sowie der aus dem Verkauf der Stücke erzielte Gewinn unterliegen im Gewinnjahre weder der Einkommensteuer noch der Kapitalertragssteuer.
- Bei jeder Art der Besteuerung werden die Anleihehefte bei einer Stückzahl bis zu 50 Stück höchstens zum Nennwert, vom 20. Jahre ab zum Kündigungswerte bewertet.

## Zeichnungsbedingungen:

- Annahmestellen.** Zeichnungsstellen sind die Reichsbank und die im offiziellen Zeichnungsprospekt aufgeführten Geldinstitute. Die Zeichnungen können aber auch durch Vermittlung jeder Bank, jedes Bankiers, jeder Sparkasse und Kreditanstalt erfolgen. — Zeichnungen werden

von Montag, den 10., bis Mittwoch, den 26. November 1919,

mittags 1 Uhr

entgegengenommen. Früherer Zeichnungsstichtag bleibt vorbehalten.

- Zeichnungspreis.** Der Preis für jedes Spar-Prämienstück beträgt 1000 Mk. Hiervon sind 500 Mk. in 5% Deutscher Reichsanleihe zum Nennwert berechnet und 500 Mk. in bar zu bezahlen.

Die mit Januar-Juli-Zinsen ausgestatteten Reichsanleihestücke sind mit Zinsheften, fällige am 1. Juli 1920, die mit April-Oktober-Zinsen ausgestatteten Stücke mit Zinsheften, fällig am 1. April 1920, einzuliefern. Den Einlieferern von 5% Reichsanleihe mit April-Oktober-Zinsheften werden auf ihre alten Anleihen Stückzinsen für 90 Tage — 1,25% — vergütet.

- Sicherheitsbestellung.** Bei der Zeichnung hat jeder Zeichner eine Sicherheit von 10% des gezeichneten Betrages mit 100 Mk. für jedes Prämienstück in bar zu hinterlegen.

Berlin, im November 1919.

- Zuteilung.** Die Zuteilung findet zunächst bald nach dem Zeichnungsstichtag statt. Die Art der Verteilung bestimmt das Reichsfinanzministerium.

- Bezahlung.** Die Zeichner sind verpflichtet, die ausgeteilten Beträge bis zum 29. Dezember d. J. zu bezahlen. Die Bezahlung hat bei derjenigen Stelle zu erfolgen, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist.

Sollen 5% Schuldverschreibungen zur Bezahlung verwendet werden, so ist sofort nach Erhalt der Zuteilung ein Antrag auf Ausreichung von Schuldverschreibungen an die Reichsschuldenverwaltung, Berlin SW. 68, Oranienstr. 22/24, zu richten. Der Antrag muß einen auf die Bezeichnung der Spar-Prämienstücke hinweisenden Vermerk enthalten und spätestens am 20. Dezember d. J. bei der Reichsschuldenverwaltung einreichen. Weder auf solchen Anträgen mit Formvorschriften sind bei allen Zeichnungs- und Vermittlungsstellen zu haben. Daraufhin werden Schuldverschreibungen, die nur zur Bezahlung von Spar-Prämienstücken geeignet sind, ohne Ansoagen ausgereicht. Die Ausreichung erfolgt gebührenfrei und portofrei als Reichsbanknote. Diese Schuldverschreibungen sind spätestens bis zum 29. März 1920 den in Absatz 1 genannten Zeichnungs- oder Vermittlungsstellen einzureichen.

- Ausgabe der Stücke.** Die Ausgabe der Prämienstücke erfolgt im Februar 1920; Schuldverschreibungen erhalten erforderlichenfalls bis zur ersten Gewinnverlosung im März n. J. durch ihre Vermittlungsstellen Nummernaufgabe. Zwischenscheine sind nicht vorzulegen.

- Amtausch der Kriegsanleihen.** Die Reichsbank wird, soweit möglich, unentgeltlich Stücke von höherem Nennwert als 500 Mk. in keine Stücke tauschen.

**Reichsfinanzministerium**  
Anleihe-Abteilung.